

Annoncen.
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestr. 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Kreisland,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Annoncen.
Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Posener Zeitung.

Achtundachtzigster Jahrgang.

Nr. 751.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 26. Oktober.

1881.

Ein pommerscher Großgrundbesitzer über unsere innere Lage und die jetzige Wirtschaftspolitik.*)

(Rede des Frhrn. v. Arnim-Schlagenthin.)

Freiherr v. Arnim-Schlagenthin, einer unserer größten Grundbesitzer, der in mehreren Provinzen Güter hat, ist im Wahlkreise Randow-Greifenhagen als Kandidat der Liberalen für den Reichstag aufgestellt. Er hat erklärt, daß er, wenn er gewählt werde, der liberalen Vereinigung (den Sezessionisten) beitreten würde. In einer am 6. Oktober d. J. in Grabow a. O. stattgehabten liberalen Wählerversammlung, über die wir bereits in Kürze berichtet haben, hat sich Freiherr v. Arnim über unsere innere Lage und die neue Wirtschaftspolitik der Regierung in sehr bemerkenswerther Weise ausgesprochen. Wir wünschten, daß die Landwirthe der östlichen Provinzen seine Worte beherzigen möchten. Er sagte u. A.:

Meine Herren! Ihr geehrtes Komite hat mich ersucht, hierher zu kommen, und ich habe, wie Sie sehen, diesem Rufe Folge geleistet. Es handelt sich hier meines Erachtens nicht blos um Erfüllung einer Formalität; ich habe es vielmehr für meine Pflicht erachtet, vor den Wahlen die zu erwartenden Vorlagen zu erörtern, da einerseits die größten Existenzfragen zur Diskussion stehen werden, andererseits die Frage ihrer Prüfung näher gebracht werden wird, ob Deutschland den Papst als eine zum Mitregieren berechtigte Macht anerkennen darf und kann.

Wir stehen anscheinend vor dem Abschluß eines 10 jährigen Kampfes mit Rom, und es dürfte Sie interessieren, zu erfahren, welches eigentlich der Grund ist, der das veränderte Verhalten der Regierung in dieser Frage veranlaßt.

M. S., durch die Reorganisation der kirchlichen Verfassung unter Pius IX. ist die Schlagfertigkeit, die Kampfsfähigkeit der Kirche, welche jetzt ausschließlich von Jesuiten regiert wird, in ungewöhnlichem Maße erhöht worden. Wir müssen befürchten, daß unsere deutschen Katholiken dem Papst in seinem Kampfe gegen die moderne Zivilisation, gegen das protestantische Preußen und das deutsche Kaiserthum, gegen die moderne Staatsbildung überhaupt, Heeresfolge leisten werden. Es handelt sich also nicht um die Ansprüche des Papstes an sich — die sind gleichgültig — es handelt sich darum, in wieweit die deutschen Katholiken gewillt sind, diese Ansprüche als berechtigt anzuerkennen und für deren Geltendmachung einzutreten. Das Ziel der deutschen Politiker mußte daher sein, die deutschen Katholiken zu hindern, die päpstlichen Ansprüche als integrirende Theil in ihre religiöse Überzeugung aufzunehmen. Ich glaube, daß nach dem Kriege von 1870, als die nationale Begeisterung sich auf ihrem Höhepunkt befand, als ein großer Theil der deutschen Katholiken sich der Annahme des Unfehlbarkeits-Dogmas noch widersetzte und andererseits das Papstthum durch die Niederlage der Franzosen und den Verlust der westlichen Herrschaft tief gedemütigt war, der Moment geeignet gewesen wäre, auf wahrhaft nationaler Grundlage Kirchenpolitik zu treiben, und daß man infofern bei Erlaß der Mai-gezege über das Ziel hinausgeschossen hat, daß man Bestimmungen in dieselben aufnahm, deren Werth für den Staat nicht klar ist, die aber geeignet waren, die religiöse Empfindlichkeit zumal bei schroffer Ausführung zu erregen und gut national gesinnte Deutsch-Katholiken ins Heerlager des Papstes zu treiben.

Wenn nun aber die Einsicht in die Thatache, daß allerdings die Tendenz der Maigesetze eine richtige ist, daß bei deren Aufbau jedoch taktische Fehler gemacht worden sind — den natürlichen Anlaß bieten muß, die Sache in anderer Weise anzufassen, so wäre es trotzdem sehr bedauerlich, wenn unsere Staatsmänner, statt nun den richtigen Weg zu gehen, die Lösung der Frage darin suchten, daß sie unter Aufgabe alles dessen, wofür Preußen und Deutschland die edelsten Kräfte der Nation in den Kampf geführt hat, nun mit einem Male um jeden Preis mit dem Ultramontanismus Frieden schließen. Es hat schon früher, vor dem Jahre 1870, ein Bund zwischen Papstthum und Königthum bei uns bestanden, der dadurch charakteristisch war, daß wir den Papst als einen ehrlichen Bundesgenossen behandelten, während er sich für berechtigt hielt, gleichzeitig in der ganzen Welt alle uns feindlichen Elemente zu unterstützen. Während wir durch die katholische Abtheilung dem Papste einen überwiegenden Einfluß auf die Gestaltung unseres Schulwesens gestatteten und durch einen großen Aufwand persönlicher Liebenswürdigkeit uns bemühten, die päpstliche Gunst zu erhalten, waren die Gegenleistungen, welche wir vom Papste erhielten, durchaus nur negativer Natur. Nur in einem Punkte konnte die Regierung von einem allerdings sehr einseitigen Standpunkt aus zufrieden sein mit den Ergebnissen dieses Bündnisses zwischen den Vertretern zweier verschiedenen Weltanschauungen. Ich meine das damals tatsächlich bestehende Bündnis zwischen Regierung und Papstthum zum Zwecke regierungsfreundlicher Wahlen in den pol-

* Um die wirksame Arnim'sche Rede noch vor den Wahlen zur Kenntnis weiterer Kreise bringen zu können, unterbrechen wir auf einen Tag die gestern an dieser Stelle begonnenen Erörterungen.

nischen und katholischen Landestheilen. Nur dadurch ist die Anstellung Ledochowskis, des Bischofs von Posen, zu erklären, welche bei uns gewünscht wurde, trotz ausdrücklicher Warnung des Königs der Belgier, blos deshalb, weil Ledochowski unter der Bedingung, daß man ihm in kirchlicher Beziehung freie Hand ließe, versprach, den polnischen Clerus von jeder Wahlhäufigkeit abzuhalten. Ich habe mir daher gesagt, als ich von der Mission des Herrn v. Schröder nach Rom hörte, daß man in Preußen jenes alte System der Alliance der konservativen Regierung mit dem ultramontanen Papstthum wiedereinföhre, ein System, das stets zwar den Liberalismus bekämpft hat, gleichzeitig aber eine Gefahr für die evangelische Freiheit und die protestantische Kirche gewesen ist.

Ich glaube Ihrer Zustimmung gewiß zu sein, wenn ich verspreche, gegen dies System Opposition zu machen, und ich hoffe, daß wir diesmal auch im konservativ-protestantischen Lager Verständniß für die gewaltige Gefahr finden werden, welche daselbe für das protestantische Kaiserthum in sich schließt.

Die neue Wirtschafts- und Sozial-Politik, welche der Kanzler vor einigen Jahren inaugurierte, gründet sich auf die Voraussetzung, daß der Staat dauernd und mit wohltätigem Erfolge durch sein Eingreifen dem eigenen Lande Wohlhabenheit und Reichthum sichern könne, während wir der Überzeugung sind, daß der Staat überhaupt nach gerechten Prinzipien Regen und Sonnenchein unter die Interessenten zu vertheilen nicht befähigt ist.

M. S., in solchen größtentheils praktischen Fragen bin ich weit entfernt davon, rein theoretische Erwägungen als für alle Fälle maßgebend anzusehen. Ich glaube, daß man in wirtschaftlichen Fragen sich davor hüten muß, einseitig, nach ausschließlich prinzipiellen Gesichtspunkten zu handeln. Ich werde mich nicht darauf einlassen, hier die Streitfrage zu besprechen, ob Schutz- oder Freihandels-Theorien den Vorzug verdienen. Ich trete vielmehr sofort ein in die Erörterung der Frage, welches Interesse unsere östlichen Provinzen bei der neuen Wirtschaftspolitik gehabt haben. Die östlichen Provinzen sind vor Allem dadurch von dem übrigen Deutschland ausgezeichnet, daß sie ärmer sind, und zwar sind sie arm durch ihr Klima, teilweise durch Bodenverhältnisse, durch den Mangel an Mineralien und Kohlen, durch den Mangel an kultigemäßlichen Traditionen, arm auch an Industrie und Fabriken, wenig bevölkert und, soweit sie es sind, zum großen Theil bevölkert von einer armen Bevölkerung. Die Auswanderung ist hier größer, wie in irgend einem andern Theile Deutschlands. Wenn man von der hier vorhandenen Industrie absieht, ist das Einkommen dieser Provinzen beinahe ausschließlich auf Landwirtschaft und Handel basirt, und es ist sehr begreiflich, daß die große Majorität der Landbevölkerung, als man ihr sagte, die Kornzölle würden es ihr ermöglichen, ihre Produkte um viel höher zu verwerthen als früher, mit lautem Hurrah dieses verlockende Versprechen begrüßten. Leider stützt sich die Rechnung auf die irrite Vorstellung, diese Zölle in der jetzigen Höhe könnten solche Wirkung haben. Thatsächlich gestaltet sich die Sache ganz anders. Die Preise, für welche wir unsere Produkte absetzen, richten sich nämlich in weit überwiegendem Maße nach lokalen Ursachen, werden wesentlich auch durch Angebot und Nachfrage innerhalb der Zollgrenze bestimmt, und die Importeure des Getreides speziell sind durchaus nicht in der Lage, gestützt auf die Thatache, daß sie den Zoll haben bezahlen müssen, allein schon deshalb einen dem Zoll entsprechenden höheren Preis verlangen zu können. Ein solcher Zustand könnte erst dann eintreten, wenn eine außerordentliche Zunahme der Bevölkerung oder eine außerordentliche Abnahme unserer Ernten eingetreten wäre, so daß wir genötigt wären, unseren Bedarf an Getreide hauptsächlich vom Auslande zu beziehen. Von einem solchen Zustande sind wir zwar noch sehr weit entfernt, aber dieser Zoll, der diese günstige Wirkung für die Landwirtschaft nicht hat, ist prinzipiell selbst als Finanzzoll deshalb verwerthlich, weil er umso mehr abwirkt, je schlechter es uns geht, also das Interesse des Fiskus im Gegensatz zu dem Interesse der übrigen Bevölkerung gebracht wird. — Die Landwirthe der Ostprovinzen müssen einen wesentlichen Nachtheil davon empfinden, da sie doch ganz zweifellos einen großen Theil des auf ausländischen Industrie-Produkten liegenden Zolles, soweit sie dieselben aus dem Auslande beziehen, tragen müssen, resp. sich die Preiserhöhung gefallen lassen müssen, welche die Fabrikanten des Westens von Deutschland nun erlangen zu können glauben, d. h. sie müssen ihr Eisen, ihre Kleider, ihre Maschinen u. s. w. zu Gunsten dieser Fabrikanten nun höher bezahlen.

Aber die Ostprovinzen haben einen weitern erheblichen Schaden dadurch gehabt, daß die Handelsstädte, welche die natürlichen Stapelplätze ihrer Produkte sind, durch die neue Wirtschaftspolitik geschädigt worden sind. Der indirekte Schaden, welchen die Landwirtschaft durch Beeinträchtigung des Handels erleidet, ist ein sehr bedeutender. Überall da, wo aus irgend welchem

Inserate 20 Pf. die sechsgepaltene Petition über deren Raum, Kolumnen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Grunde Reichthum vorhanden ist, werden die Produkte der Landwirtschaft weit höher bezahlt, als in armen Gegenden, denn was bereits bezüglich des Getreides so eßlatant in die Erscheinung tritt, das gilt in noch weit höherem Maße von allen übrigen Produkten der Landwirtschaft, also Fleisch, Milch, Butter u. s. w. Wenn die agrarischen National-Defonomen der Ostprovinzen, welche bis vor zwei Jahren Freihändler waren und durch das Versprechen von Kornzöllen zu der neuen Theorie bekehrt worden sind, das Interesse dieses Theiles von Deutschland richtig verstanden hätten, so hätten sie auf solche Einrichtungen wirken müssen, welche geeignet waren, hier Industrien ins Leben zu rufen, die an lokale Vorbedingungen nicht geknüpft sind; sie hätten eintreten müssen für Beihilfe des Staates, für Meliorationen und für Verbesserung der Verkehrswege. Statt dessen haben sie es vorgezogen, dem Handel den Krieg zu erklären und den Handelsstand als solchen zu verdächtigen. Wenn meine Auseinandersetzungen Sie in der Überzeugung gestärkt hat, daß die neue Wirtschaftspolitik, so weit unsere Provinz und deren agrarische Vertreter in Betracht kommen, auf einem argen und Angesichts der Wichtigkeit der Sache unverzeihlichen Rechenfehler beruht, so werden Sie wohl mit mir die Ansicht thilen, daß dieser wenig glänzende Beweis der Leistungsfähigkeit dieser Herren ein gewisses Misstrauen in deren übrige Beglücks-Projekte rechtfertigt.

Da tritt uns zunächst die Frage des Tabaksmonopols entgegen. Ich war von jeher ein Gegner desselben aus politischen Rücksichten, weil, ganz abgesehen von der Beamtenvermehrung, dasselbe auch die Einrichtung von 60—80,000 Verkaufsstellen, d. h. von ebenso viel offiziellen Wahlbüros zur Folge haben würde. Bei weiterem Studium der Frage, zu der ich durch den Erlaß des neuen Tabaksteuer-Gesetzes vom 16. Juli 1879, veranlaßt wurde, welches zur unmittelbaren Folge hatte, daß eine große Anzahl Tabakspflanzer wegen Vergehens gegen die nun nötig gewordenen Kontrollvorschriften, bestraft wurde, bin ich zu der sehr bestimmten Überzeugung gelangt, daß das Monopol für unsere kleinen Gutsbesitzer im höchsten Grade verderblich sein würde und daß gerade wir in Pommern, dieser armen Provinz, allen Anlaß haben, der Einführung desselben entgegen zu arbeiten. Sie wissen, ein großer Theil der ganz kleinen Parzellen war vor dem Jahre 1879 überhaupt steuerfrei und sind nun zur Flächensteuer herangezogen worden. Es ist zugleich eine ganze Reihe neuer Kontrollmaßregeln nötig geworden. Mit Einführung des Monopols würden diese Vorschriften ganz erheblich verschärft werden müssen. Der Tabakbau hat für die kleinen Gutsbesitzer vor allen Dingen deshalb so großen Werth, weil bei beinahe sämtlichen Arbeiten: Säen, Beziehen, Käpfen, Geizen, Aufziehen der Blätter zum Trocknen, Familienmitglieder Verwendung finden können, welche, ohne besonderen Lohn zu beanspruchen, durch diese ihre Arbeit einen wesentlichen Beitrag zum Unterhalt der Familie liefern. Das wird dann Alles aufhören müssen. Es wird dann nämlich bereits die Behandlung der Tabakspflanzen auf dem Felde mit einer solchen Genauigkeit geschehen müssen, daß die Verwendung nicht ganz zuverlässiger Arbeitskräfte dann glänzend ausgeschlossen wird. Die Regie wird nach dem Vorgange der anderen Monopol-Länder verlangen, daß die Pflanzen in Reihe und Glied zu stehen kommen, daß alle Pflanzen geköpft werden, sie wird die Verwendung der Geizen und Gruppen gänzlich verbieten, sie wird beim Aufziehen auf Vandaliere zum Trocknen verlangen, daß die Blätter nach Zahl und Qualität und Größe genau sortirt werden. Man darf nicht erwarten, daß der Fiskus für den in der beschriebenen Weise gepflanzten und der Regie gefüllerten Tabak durch Bewilligung besserer Preise die Pflanzer für die vermehrten Herstellungskosten entschädigen wird. Unser Fiskus ist bekanntlich sehr sparsam und wird daher versuchen, die Preise möglichst herabzudrücken.

Das Bedürfnis der Regie erfordert noch mehr, nämlich die Einführung der Kontingentirung. Danach bestimmt die Regie alljährlich, wieviel Tabak überhaupt gebaut werden darf. Da sie die alleinige Käuferin des Tabaks ist, so darf sie sich der Gefahr nicht aussetzen, daß durch eine Vermehrung des Tabakbaues sie sich plötzlich einem ihre Bedürfnisse übersteigenden Waarenquantums gegenüber befindet. Sie wird vielmehr verlangen müssen, daß der bereits bestehende Tabakbau erheblich beschränkt wird. Zunächst wird, wie das Beispiel der anderen Monopol-Länder beweist, die Ausfuhr des Tabaks ganz oder nahezu ganz aufhören. Die Ausfuhr betrug 1879 1,573,000 Kilo an rohen Tabaken, Blättern und Stengeln, und 1,985,000 Kilo an Rauchtabak, Zigarren und anderen Tabakfabrikaten. Aber auch außerdem wird eine Einschränkung des Tabakbaues deshalb stattfinden müssen, weil der Konsum in Folge der großen Preis erhöhung des Tabaks erheblich sinken wird. Die Regie wird also den Tabakbau nur da gestatten, wo die Kontrolle mit den verhältnismäßig geringsten Kosten verbunden ist, d. h. da, wo erstens der Tabak in zusammenhängender Fläche, also im Großen angebaut wird, und ferner dort, wo der Ertrag pro Morgen

einen bestimmten hohen Durchschnitt erreicht. Der Anbau des Tabaks wird also überall da verboten werden, wo der vorgeschriebene Durchschnittsertrag nicht erreicht wird, und ich brauche Ihnen nicht auszuführen, daß wir hier in Pommern mit den westlichen und südlichen Tabaksgegenden, wo der Tabaksbau ungleich rentabler ist, als hier, dann schwerlich noch werden konkurrieren können. Wir stehen also der Möglichkeit gegenüber, daß der Tabaksbau in unserer Provinz größtentheils verboten wird. Abgesehen von der argen Schädigung der Tabakspflanze, haben die Händler und Fabrikanten und Arbeiter gleichtraurige Aussichten bei Einführung des Monopols. Die im Jahre 1878 vom Reichskanzler eingesezte Enquete-Kommission, welche sehr sorgfältig die Frage der Tabaksteuerung nach jeder Richtung hin studirt hat und welche das Ergebnis ihrer an Ort und Stelle, sowohl in ganz Deutschland, als auch in anderen Tabakbauenden Ländern, insbesondere Frankreich oder Österreich und Amerika, gemachten Erfahrungen, in einem 5 dicke Bände füllenden Berichte niedergelegt hat, hat sich damals in ihrer großen Majorität gegen die Einführung des Monopols ausgesprochen, weil sie der Ansicht war, daß die Vortheile, die dasselbe bringen könnte, in gar keinem Verhältniß zu den Nachtheilen ständen. Eine kleine Minorität, bestehend aus den Herren Fabricius, von Moser und Burchard, lauter hohen Finanzbeamten, hatte sich für das Monopol ausgesprochen, aber unter der Bedingung und Voraussetzung, daß den durch die Einführung derselben Geschädigten eine Entschädigung von 687 Millionen Mark gewährt werde. Es ist daher überaus leichtfertig, wenn jetzt neuerdings die offiziösen Blätter erklären, ein Anspruch auf Entschädigung sei überhaupt nicht vorhanden und es sei als ein reiner Alt der Gnade zu betrachten, wenn die Regierung im Ganzen 109 Millionen Mark ausgebe, wovon 80 Millionen für Ankauf der vorhandenen Tabaksvorräthe, 20 Millionen für Ankauf bestehender Fabriken und 9 Millionen als Entschädigung gewährt würden. Wir stehen hier vor dem ganz neuen Projekte, 400.000 Menschen ganz oder teilweise aus ihrem Besitz zu sezen ohne Entschädigung, und ich glaube, ich kann mich jeder Aussöhnung darüber enthalten, daß dasselbe mit unserem Rechtsgefühl in Widerspruch steht und daß das Staatsinteresse dasselbe nicht rechtfertigen kann.

Man sagt jetzt, die Erträge aus dem Monopol seien dazu bestimmt, „das Patrimonium der Enterbten der Nation“ zu werden. Man will auf der Grundlage dieser Erträge, deren zukünftige Höhe Niemand bisher mit Zuverlässigkeit hat berechnen können, ein Altersversorgungs-Gesetz möglich machen. Man stellt die Gegner des Monopols hin als die Feinde der Armen und Unterstützungsbedürftigen, man stellt uns einfach vor die Wahl, entweder Monopol oder Verzicht auf jede Besserung der Lage der Arbeiter. Selbst wenn man die Erträge annimmt, welche in Frankreich das Monopol liefert und welche doch nur dadurch möglich sind, daß gerade die geringsten Sorten des Tabaks verhältnismäßig am stärksten im Preise erhöht werden, so würde doch der zu erwartende Ertrag, von dem doch mindestens der jährliche Ertrag der Steuer mit etwa 50 Millionen Mark in Abzug käme, immer erst etwa 100 Millionen Mark betragen und diese Summe würde, soweit es berechenbar ist, eine jährliche Unterstützung von etwa 30 Mark für jeden Versorgungs-Berechtigten möglich machen. Ich glaube, damit würde Niemand im Stande sein, seinen ganzen Lebensunterhalt, der dann baar bezahlt werden muß, d. h. Wohnung, Kleidung, Nahrung u. s. w. zu bestreiten. Die Schwierigkeit einer sachgemäßen Kritik der beiden Projekte wird erheblich durch die mystische Dunkelheit erschwert, in welche dieselben noch gehüllt sind, eine Dunkelheit, welche denjenigen Leuten freilich, welche den Leitern unserer Politik gegenüber sich gewöhnt haben, auf eigene Gedanken zu verzichten, die Schwärmerie dafür erleichtert, uns profischen Menschen aber, die wir der Meinung

sind, in Geldsachen sei die Rechenkunst eine nicht zu verachtende Hilfswissenschaft, mit Befragungen für die Grundlagen unseres nationalen Wohlstandes und Fortbestandes des geringen Maßes politischer Freiheit erfüllt, dessen wir uns zur Zeit erfreuen. Die Voraussetzung jeder Art Versicherung ist die Zahlung, und zwar wenn es sich um periodisch wiederkehrende Prämien handelt, die regelmäßige und punctuelle Zahlung der Prämien. Es ist Ihnen bekannt, daß die Frage, wie dies übrigens sehr natürlich ist, um die sich die Diskussion bei dem im vorigen Reichstage vorgelegten Projekte des Unfallversicherungsgesetzes drehte, darauf gerichtet war, wer denn eigentlich die Prämien zu zahlen habe, ob der Arbeiter, der Arbeitgeber oder beide, oder ob endlich eine staatliche Unterstützung zu gewähren sei. Es bedarf keiner Ausführung, daß, so lange nur die Beitragspflicht der Arbeiter und Arbeitgeber in Frage steht, für den Arbeiter die Beitragspflicht als eine gesetzliche Verminderung seines Lohns, für den Arbeitgeber aber dieselbe sich als eine Erhöhung der Produktionskosten darstellen wird, und je nach den Bedingungen, welche der Weltmarkt schafft, wird es jedem Theile gelingen, die tatsächliche Zahlung der Prämien dem andern Theile zuzuwälzen. Wenn dies richtig ist, so wird selbstverständlich, wenigstens soweit es sich um die finanzielle Seite der Sache handelt, es einen erheblichen Unterschied nicht machen können, wen die Pflicht der Prämienzahlung obliegt. Die Erfahrungen bei der Steuererziehung aber lehren, daß gerade für die armen Kategorien der Bevölkerung nichts so drückend ist als die Notwendigkeit, an bestimmten Terminen bestimmte Zahlungen leisten zu müssen. Über dem steht gegenüber die That, daß doch in Wirklichkeit die Versicherungsprämie einen Theil der Ansprüche bildet, welche dem Arbeitnehmer aus dem Arbeitskontrakt zustehen, und daß er nur, soweit er selbst die Prämie zahlt, voraussichtlich an der Verwaltung der Versicherungsanstalten teilzunehmen Ansicht hat. Dies ist für mich sowohl aus dem politischen Gesichtspunkte, als dem einfacheren der Billigkeit von ganz einschneidender Bedeutung. Es muß eben darüber vollständige Klarheit herrschen, daß solange überhaupt noch der Lohn auf das Minimum herabgesunken ist, welches jede Minderung ausschließt, natürlich der Arbeitgeber und oft mit Erfolg versuchen wird, gerade wie er es jetzt bezüglich der aus der Haftpflicht entstehenden Verbindlichkeiten versucht und zu thun gezwungen war, den Lohn um den Betrag der Prämie zu vermindern. Es muß aber ferner darüber völlige Klarheit herrschen, daß, weil eben unter allen Umständen die Prämienzahlungen aus dem Einkommen des Arbeiters fließen, auch damit nothwendig sein Anspruch gegeben ist, an der Verwaltung der Versicherungsanstalt — dieselbe möge Gestalt haben, welche sie wolle, — thätigen Anteil zu nehmen. Diesen Einfluß auf die Verwaltung seines Eigentums, seines schwer erworbenen Geldes dem Arbeitnehmer zu sichern, ihn davor zu schützen, daß nicht die Versicherungsanstalt ein Mittel werde, unter der gleichen Gestalt der Wohlthat eine Bevormundung einzuführen, welche die Selbstständigkeit des Arbeiters gefährdet und damit die Grundlage vernichtet, auf welcher jetzt die Hoffnung des Arbeiters beruht, seine Lage bessern zu können, das ist die Aufgabe ihres Abgeordneten. Mit Einführung des Reichszuschusses handelt es sich nicht mehr um das Eigentum des Arbeiters, welches die Versicherungsanstalt für ihn verwaltet, sondern um ein Geschenk der übrigen Steuerzahler, und so lange die ländlichen Arbeiter nicht an der Versicherungsanstalt partizipieren, um ein Geschenk der ländlichen Arbeiter an die Fabrikarbeiter, freilich mit der Einschränkung, daß, so lange der Zuschuß nur einen Bruch derjenigen Ausfälle bildet, welche in Folge mangelnder Leistungsfähigkeit bei der Prämienzahlung entstehen, dieser Zuschuß den Charakter des Almosens trägt. Ich würde gegen den Reichszuschuß protestieren, weil er die Selbstständigkeit des Arbeiters und, wie neuere

offiziöse Artikel, insbesondere „der Grenzboten“ klarlegen, auch die Selbstständigkeit der Arbeitgeber vollständig vernichten würde. Mr. H., mein Vortrag über die Frage der Arbeiter-Unfallversicherung würde unvollständig sein, wenn ich nicht wenigstens im allgemeinen Umrissen die Gesichtspunkte hier erörtern wollte, welche, wenn wirklich der Reichstag darauf eingehen sollte, durch Versicherung und zwar durch Zwangsversicherung für die Arbeiter zu sorgen, bei der voraussichtlichen Regelung der Frage ins Auge zu fassen sein werden. Man hat als Normalalter, bei dem die Versorgung eintreten soll, das Alter von sechzig Jahren genannt. Vorläufig bemerke ich, daß anscheinend beabsichtigt wird, bei der Altersversorgung die ländlichen Arbeiter miteinzubegreifen. Nun, frage ich Sie, wie viel Arbeiter erreichen denn überhaupt dieses Alter? Ich habe hier das Handbuch der deutschen Statistik. Darnach wären etwa 7½ p.C. der Bevölkerung Deutschlands von 45 Millionen sechzig Jahre alt oder älter, es wären also etwa 3,300,000 Menschen altersversorgungsberechtigt oder, wenn man diejenigen abzieht, welche mehr als 2000 Mark Einkommen haben, ungefähr 5 p.C., so bleiben immer noch über 3 Millionen Altersversorgungsberechtigte. Bis jetzt ist wenigstens auf dem Lande die Versorgung dieser alten Leute dadurch möglich und erleichtert, daß durch die Lieferung von Naturalien und durch leichte Beschäftigung dieser Leute die Erhaltung derselben eine finanziell nicht allzugroße Last bildet. Für die Industriearbeiter muß man aber einen viel geringeren Anteil an der Summe der über 60 Jahre alten Personen annehmen, weil in vielen Gewerben, welche der Gesundheit nachtheilig sind, das durchschnittliche Lebensalter sehr tief herabsinkt. Es gibt Gewerbe, in denen das durchschnittliche Lebensalter unter 20 Jahre herabsinkt, während es in den besser situierten Klassen mehr als das doppelte erreicht. Daraus folgt, daß die Abnutzung — entzündlichen Sie diesen sachgemäßen Ausdruck — für einen Theil der Industriearbeiter eine viel größere ist, als für andere Arbeiter, daß daher die Altersschwäche für diese Klasse viel früher eintritt als für andere, und somit es für die Industriearbeiter eine große Härte wäre, von einem bestimmten Normalalter den Eintritt der Altersversorgung abhängig zu machen. Wenn man überhaupt glaubt, durch eine Versicherungsanstalt die Versorgung der Altersschwachen regeln zu müssen, so muß man eben unter das Alter von 60 Jahren gehen und den Begriff „Altersschwach“ auch erweitern und allen Denjenigen die Wohlthaten der Versorgung zukommen lassen, welche, ohne gerade durch Unfall erwerbsunfähig geworden zu sein, doch durch die Arbeit invalide geworden sind. Wenn man die Sache so auffaßt, so erweitert sich natürlich die Zahl der Versorgungsberechtigten ganz erheblich und die Ausführbarkeit des ganzen Projektes wird dadurch erheblich sehr geschmälert.

Wir haben, und dies würde ja doch die Grundlage für ein solches Projekt immer sein, vor der Hand gar kein statistisches Material zur Berechnung der Ausgaben, welche eine solche Invaliditätsversicherung haben würde, und Sie würden, wenn dieselbe nicht auf ganz fester Grundlage aufgebaut ist, dieselbe der Gefahr des Bankrotts ausgesetzt sehen, oder, was wahrscheinlicher ist, um dieser Gefahr aus dem Wege zu gehen, die Prämien so hoch normieren müssen, daß eine solche Gefahr auf keinen Fall eintreten kann, d. h. es würde unsere nationale Produktion durch die Verpflichtung, so große Summen jährlich zurückzulegen, als dafür erforderlich wären, mit einer Ausgabe belastet, welche, wie leicht einzusehen ist, sie zu tragen nicht fähig ist. Die Folge jeder Überstürzung in dieser Frage könnte also nur sein, uns in die große Gefahr einer allgemeinen wirtschaftlichen Krise zu stürzen, ohne jede positive Garantie dafür, daß nun wirklich das erreicht wird, was erreicht werden soll. Ich glaube, es kommt darauf an, nicht die Arbeiter so lange, bis alle die Vorbereidungen zur Errichtung einer solchen Anstalt eingetreten sind, auf eine Besserung ihrer Lage

Stadttheater.

Posen, den 25. Oktober.

„Hopsentrath's Erben“, Volksstück mit Gesang in 5 Akten von Heinrich Wilken, Musik von Michaelis, dies unsere neueste Novität, die sich gestern vor nur schwach besetztem Hause abspielte. Auch das Stück selbst gilt sich mehr oder weniger als ein Erbstück; da ist in erster Linie die alte Usance des Bilderdienstes, denn die 5 Akte sind schließlich doch auch weiter nichts als 5 auf den Zettel verzeichnete Bilder, da ist fernerhin die reichliche Anwendung des Couplets, da ist fernerhin der so bequeme nivellirende Einfluß der Zeit, die mit einer fließenden und drängenden dramatischen Gestaltungskraft so ökonomisch zu verspielen gestattet — das 4. Bild spielt 2 Jahre später, das 5. nach abermals 6 Monaten —, da sind schließlich alle die Typen und Situationen, die sich in den letzten 20 Jahren ein- und allmälig abgelebt haben. Der Hauptfehler ist freilich ganz speziell l'Arronge, was kein Fehler wäre, wenn hier nicht des ersten Jägers Worte in „Wallenstein's Lager“ vom „Räuspern und Spucken“ und anderseits vom „Genie und Geist“ ihre volle Anwendung fänden. Hauptfehler des Stükkes sind einerseits ein sehr weitmaschiges und in Folge dessen auch sehr durchsichtiges Netz der Verwickelungen, so daß man in Folge des szenisch angedeuteten Programms schon beim zweiten Bilde wenig Zweifel über den Gesamtverlauf zu hegen in der Lage ist, andererseits eine überwiegend sehr billig motivierte Handlungsweise der einzelnen Persönlichkeiten; auch die reichlich eingestreuten Couplets, die zum Theil wenig drastisch, zum Theil wenig volksbürtig sind, (Lucca, Carmen &c.) tragen wenig Bündstoff in die Handlung hinein und ebenso will es mir für ein sogenanntes Volksstück wenig passend erscheinen, wenn eine Menschenspezies, wie Cäsar Gelbsiegel, so ganz unangefochten durch das Stück hindurchgeduldet wird, wie uns überhaupt Wilkens ethische und charakteristische Begabung auf dieser Etappe seiner Wirksamkeit recht dürfsig erscheinen will. Zu den Verdiensten des Stükkes, nämlich in Betreff seiner Wirksamkeit, zählt es, daß die beiden letzten Akte entschieden frischer und erfinderischer sind als ihre

drei Vorgänger, zählt es ferner, daß in dem Butterhändler Gottlieb Dabelstein (Herr Retty) eine konsequente, derbe, volksbürtige Gestalt geschaffen worden ist, dem sich die Wittwe Hopfenrath (Frl. Frey) und Herr Cäsar Gelbsiegel (Herr Jürgensen) als wirkame Bühnenfiguren zunächst anreihen dürfen.

Um die Darstellung selber machte sich in allererster Linie Herr Retty verdient, der seinen Gottlieb Dabelstein in voller, strogender Lebendigkeit zu gestalten und auch seine Couplets zu Gunsten ihres Verständnisses zu singen wußte; neben ihm nennen wir Frl. Frey als Wittwe Hopfenrath, diejenige Figur, die Willen mit ganz besonderer Vorliebe behandelt hat, die er eine Menge wechselder Stimmungen theatralisch ausbeutet läßt, was gestern auch in durchaus treffender Weise geschah. Auch des Herrn Jürgensen sei nicht vergessen, der als Cäsar Gelbsiegel und Antipode der harmlosen Spezies Dabelstein, jenen Berliner Typus zu charakterisiren hatte, der nach der Bauernfängerei hinneigt. Frau Wilhelm trat als Adelina Blumberg in einer sogenannten Soubrette-Partie auf; sie hatte vielfach zu singen und jeden Augenblick Gesinnung und Kleider zu wechseln, was auch in befriedigender Weise geschah. Der Zettel wies noch viele Namen auf, deren Vertreter ihre Sache wacker vertreten. Die Musik, die Herr Michaelis zu diesem Stükke geschrieben hat, erhebt sich nirgends über das Niveau einer förmlichen Durchschnittsleistung. Seitens der Regie, so wie der Darsteller war Alles geschehen, um die Handlung flott fortzuspinnen; vielleicht hätten etwas kürzere Zwischenpausen diesem Streben noch eine weitere Förderung gebracht. Das Publikum wohnte der Aufführung sehr beifallslustig bei.

Schließlich möchten wir, von vielen Seiten darum angegangen, an eine verehrte Direktion die Bitte richten, demnächst, wie es ja auch im vergangenen Winter sich eingebürgert hatte, ein Wochen-Reperatoire zu entwerfen und zu veröffentlichen; es geschehe nicht nur im Interesse der auswärtigen, sondern auch in dem der hiesigen Besucher, über die allernächsten Tage hinaus Bestimmteres zu erfahren.

Franz Liszt.

Am 22. Oktober feierte Franz Liszt seinen siebzigsten Geburtstag, denn in der Nacht vom 21. zum 22. Oktober 1811 wurde er zu Raiding in Ungarn geboren. An seinem siebzigsten Geburtstag konnte er sich dem erhabenden Bewußtsein hingehen, daß er sich und seinen Ruhm nicht überlebt hat. Stets war er der Pfadfinder des Fortschritts und hat diesen gefordert bis auf diesen Tag. Noch heute wirkt er im Dienste der Kunst fort, sei es als Lehrer, als Ton-dichter oder sei es, daß neue belebende Impulse von seiner Person ausgehen. Die Verehrung, die wir ihm heute entgegenbringen, gilt nicht etwa einer Reliquie, seine Errscheinung darf noch in diesem Augenblick als eine handelnde Großmacht im Musikkabinett die gebührende Huldigung in Anspruch nehmen.

In der Geschichte stellt sich die Persönlichkeit Liszt's in einem ganz eigenblümlichen Rahmen dar; es gibt keine Größe, die sich mit ihr nach Seite der Veranlagung wie nach Art des Strebens und Wirkens in Parallele stellen ließe. Begründer der heutigen Klavier-Virtuosität und selbst der unerreichte Repräsentant derselben vermochte Liszt nicht trotz der unerhörten Erfolge, wie sie seinem seinen Rivalen in solchem Maße zu Theil geworden sind, sich in seiner Sphäre völlig einzunisten, es drängte ihn vielmehr, das Schwergewicht seiner Tätigkeit in andere Gebiete seiner Kunst zu verlegen; er führt eine schöpferische Ader in sich, für welche die Klaviermusik zu eng wurde. Aber noch eine andere Seite entblüht sich in seinem Wesen, welche ihn auffällig von seinen Kunstgenossen abhebt. Obwohl ein Vollblutmusiker, athmete Liszt noch mit anderen Lungen als blos mit musikalischen. Während die Musiker, wenigstens der großen Mehrzahl nach, in dem Betreiben ihrer Kunst ihr völliges Genügen finden und den Interessen des Außenlebens nur beiläufig ihre Aufmerksamkeit zuwenden, fühlte Liszt von jeher den unwiderrührlichen Antrieb, sich in die geistigen Strömungen seiner Zeit zu stürzen und den reichen verschiedenartigen Bildungsstoff, den ihm der Wellenschlag des Lebens in der Metropole der großen politischen wie sozialen Bewegungen zuführte, aufzufaufen und sich zu assimilieren. So erweiterte er seine Natur zu einer Vielseitigkeit, die seine Überzeugung vor Engherzigkeit bewahrte. Er gewann ein Ohr für Stimmen, die nicht in musikalischen Harmonien ihren Ursprung haben und dennoch in die sich vorbereitenden Entwicklungen der Musik mächtig hineinwirken, gewann zugleich einen klaren, bewußten Intellect als zuverlässigen Leiter für das künstlerische Leisten, ohne die naive Empfänglichkeit für die Inspirationen holden Unmittelbarkeit zu opfern und sich dem Moloch einer dünnen Reflexion zu verschreiben. Liszt hat in Folge dieser Vielseitigkeit nicht nur viel gespielt, viel geschaffen, sondern auch viel nachgedacht über die hohen Ziele seiner Kunst, wie über die großen Probleme, die das Menschenleben sich stellt. In allen

warten zu lassen. Ich glaube, es kommt darauf an, bald und energisch zu helfen; wir werden daher zunächst und in erster Linie bezüglich der Unfälle eine Erweiterung des Haftpflichtgesetzes anstreben müssen, vor allen Dingen die Veränderung der Beweislast, und werden die Frage der Invaliditätsversicherung durch allmäßige Verbesserung bereits vorhandener Einrichtungen zu lösen suchen müssen ohne Überstürzung, ohne uns Gefahren auszusetzen, deren Größe noch Niemand ermessen kann, ohne, wie es angedeutet wurde, die Selbständigkeit der Arbeiter und Arbeitgeber zu gefährden.

M. H., ich bitte Sie, bei der nächsten Wahl sich zu ver gegenwärtigen, welche großen Fragen für Sie auf dem Spiele stehen. Es sind wahrsch. Existenzfragen, Fragen, von deren richtiger Lösung wahrscheinlich die Zukunft Deutslands abhängt, und es hat jeder die Pflicht, bei dieser Gelegenheit seine Stimme abzugeben. Sie wissen, daß nachdem die bisherigen Reichsfeinde die Stützen der Regierung geworden sind, wir nunmehr nach Aussage offiziöser Zeitungen Reichsfeinde sind, weil wir den Wohlthaten, mit denen wir bedacht werden sollen, widerstreben. Ich bitte Sie, gegen die infamen Verleumdungen, als wären wir weniger patriotisch, als wären wir weniger Königstreue als andere, überall zu protestieren. Ich bitte Sie, sich zu vergegenwärtigen, welchen großen Anteil die liberale Partei an dem Aufbau des deutschen Reichs, der deutschen Verfassung genommen hat, und bitte Sie, mit mir einzustimmen in den Ruf: „Se. Majestät der Kaiser, unser allernäsigster Herr, erlebe hoch!“ Die Versammlung stimmte in den Ruf dreimal begeistert ein.

Deutschland.

Berlin, 25. Oktober.

Auf die von der Stadtverordneten-Versammlung an den Kronprinzen zu dessen Geburtstag gerichtete Adresse ist das folgende Antwortschreiben eingegangen: „Gern und mit lebhaftem Danke erkenne ich in den Glückwünschen, welche die Stadtverordneten Mir zum 18. Oktober dargebracht haben, ein Zeichen freundlicher Theilnahme für Mich und die Meinigen, wie ich deren von den Vertretern der Berliner Bürgerschaft zu allen Zeiten und in reichem Maße erfahren. Ich theile die Hoffnung, welcher die Zeitschrift der Stadtverordneten so schönen und beredten Ausdruck giebt. Mögen alle Theile unseres Vaterlandes, ihnen voran die Hauptstadt des Reiches, stets der Pflichten eingedenkt sein, welche eine große Vergangenheit uns für die Gestaltung unserer Zukunft auferlegt. Neues Palais bei Potsdam, den 20. Oktober 1881. Friedrich Wilhelm, Kronprinz.“

Prinz Heinrich ist zum Lieutenant zur See ernannt; gleichzeitig ist der Prinz am Geburtstage seines Vaters zum Premier-Lieutenant a la suite des 1. Garde-Regiments ernannt worden.

Der deutsche Botschafter in Paris, Fürst zu Hohenlohe-Schillingfürst traf am Sonnabend Abend aus Schlesien hier ein und begab sich am Vormittage des nächsten Tages zum Reichskanzler Fürsten Bismarck nach Varzin, von wo er demnächst hier zurückkommt wird.

Der Bundesrat tritt heute zu einer Plenarsitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stehen folgende Gegenstände: Mittheilung betreffend den Abschluß einer Vereinbarung mit den Niederlanden wegen des gegenseitigen Schutzes der Waarenzeichen; Antrag wegen strafrechtlicher Verfolgung einer Bekleidigung des Bundesraths; Antrag betreffend die Besetzung erledigter Stellen bei den Disziplinarkammern; Beschlussschaffung über den Antrag wegen erneuter Anordnungen auf Grund § 28 des Gesetzes wegen der gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie (bezieht sich zweifellos auf Hamburg); endlich mündlicher Bericht des Justizausschusses über den Antrag betreffend die Besetzung zweier Rathsstellen bei dem Reichsgerichte. Dem Vernehmen nach

Kundgebungen seines Genies macht sich dies fühlbar, ob er uns als Virtuose, als Musiker oder auch als Schriftsteller entgegentritt, denn auch auf dem Boden der Literatur hat er reizende Blüthen gezeigt.

Es konnte dem Meister kein schöneres Angebinde zu seinem siebzigsten Geburtstage dargebracht werden, als die Veröffentlichung seiner gesammelten Schriften in deutscher Übersetzung von Namann, durch welche sie eben den weiteren Kreisen unseres Publikums zugänglich geworden sind. Gerade jetzt ist, wie zum Gruß an den Geeierten, von denselben der dritte Band der ersten Abtheilung (Verlag von Breitkopf und Härtel in Leipzig) ans Licht getreten, welcher eine Anzahl Essays über musikalische Bühnenwerke und Bühnenfragen, Komponisten und Darsteller enthält. Diese Publication — der erste Band, welcher Chopin zum Gegenstand hat, erschien im vorigen Jahre — verleiht Liszt am Abende seines Lebens ganz plötzlich einen neuen Nimbus. Er, der uns während seines langen Erdemalens durch Noten fortwährend in Spannung gehalten hat, schlägt mit einemmal ein anderes Kapitel seines geistigen Vermögens auf. Sein Streben und Ringen, das sich bisher nur durch das Medium der Töne deutet ließ, enthüllt er uns hier mit überzeugungstreuen, unverfälschten Worten. Die französische Sprache ist die zweite oder vielmehr die eigentliche Muttersprache Liszt's, in ihr sind jene Aufsätze verfaßt worden. In Folge des Idioms standen sie ganz im Gegensatz zu den musikalischen Schöpfungen des Autors auf Seite der französischen Literatur, trugen für uns eine exotische Signatur; dieser Widerspruch ist nun durch das germanische Gewand beseitigt, das sie jetzt erhalten haben, sie sind damit ihrer eigentlichen Heimat wiedergegeben. Es spricht aus diesen Aufsätzen ein liebenswürdiger, von den höchsten und edelsten Intentionen inspirirter Charakter, der seine Kunst wie ein Heiligthum verehrt. Liszt weiß die Feder zu klar gegliedert — einzelne Verse gegen das richtige Maß, die hier und da vorkommen, fallen der Überzeugung zur Last — der Styl durchwegs begeistert, das Urtheil meist zutreffend, jedenfalls stets frei von jeglicher Vorurtheilhaftigkeit. Liszt entpuppt sich hier als ein Idealist von reinstem Wasser. Schon in den jüngeren Jahren, als er eben in den Zenth seines Kubus trat, fand er in den ihm überreichlich gestreuten Lorbeern nicht die Befriedigung, wie man es hätte vermuten sollen. Er der Geeierte, der eforene Liebling der Gesellschaft, war von den Auszeichnungen doch nicht so geblendet, daß er die Stellung der Kunst und der Künstler im sozialen Leben überhaupt hätte. Er beklagt dieselbe als eine untergeordnete und fast sie auf als ein geschickliches Ergebnis der letzten zwei Jahrhunderte. Dieser Gesinnung ist er bis auf den heutigen Tag treu geblieben. Und wie hätte er anders gekonnt? Sein Glaubensbekenntniß war seine anerkannte oder aufgedrähte Formel, sondern die Frucht eines fortwährenden festigen Ringens nach dem Ideal.

„Gazette Musicale“ gründlich aus. Reformatorische Ideen

finden hierfür in Aussicht genommen: der Kammergerichtsrath Paris aus Berlin, der übrigens bereits kommissarisch bei dem Reichsgericht thätig ist, und der bairische Oberlandesgerichtsrath Leonhardt aus München. Bemerkt sei hierbei, daß die anderweit gemelbte Nachricht von dem beabsichtigten Antrage der preußischen Regierung beim Bundesrat auf Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Harburg bestätigt wird.

Von anscheinend offiziöser Seite wird angedeutet, es stände noch nicht fest, ob der Reichstag sich überhaupt mit dem Tabaksmonopol werde zu beschäftigen haben, da man sich an maßgebender Stelle mit der Frage der Einführung der amerikanischen Fabrikatssteuer beschäftige. Vermuthlich wird es von dem Ausfall der Wahlen abhängen, ob in der einen oder in der anderen Richtung vorgegangen wird. Sicher ist, daß die Ausarbeitung der Monopolvorlage schon ziemlich vorgeschritten ist und demnächst die Ankunft des Staatssekretärs Mayr aus Straßburg befußt Besprechungen mit dem Mitarbeiter des Gegenstandes, Direktor im Schatzamt, Burchart, erwartet wird.

Es bestätigt sich, daß der nächste Statut des Kultusministeriums im Ordinarium eine Verstärkung der Fonds für die Altersversorgung der Volksschullehrer enthalten wird. Das Abgeordnetenhaus hatte in seiner letzten Session die Regierung einstimmig aufgefordert, in der nächsten Session eine Vorlage wegen gesetzlicher Regelung der Pensionierung der Volksschullehrer zu machen. Darauf scheint die Regierung indes noch immer nicht eingehen zu wollen.

Wie die „Neue Ev. R.-Z.“ mittheilt, sind zu den Provinzialsynoden der sechs östlichen Provinzen, die sämtlich am künftigen Sonnabend, den 29. d., zusammenentreten, mit Ausnahme der schlesischen, welche am 1. November ihre Sitzungen beginnt, im Ganzen 102 Mitglieder durch königliche Ernennung berufen. Das Organ der Hofpredigerpartei knüpft daran die höhnische Bemerkung: „Die Prot. R.-Ztg.“ sucht unter diesen Namen vergeblich auch nur einen einzigen der kirchlich-freisinnigen Partei angehörigen. Diese Mittheilung hätte, um den Hohn noch deutlicher zu machen, noch dahin vervollständigt werden können, daß sogar mehrere, nicht dem Protestantverein angehörige, von der obersten Kirchenbehörde vorgeschlagene Namen von der Liste gestrichen worden sind, wie es heißt, weil sie in den Augen gewisser Hofprediger einer Hinneigung zur kirchlich-freisinnigen Richtung verbüchtig waren. — Das Hofpredigerblatt scheint daran gar nicht zu denken, daß auch einmal eine Zeit kommen könnte, wo sie manchen von ihr erwarteten Namen vielleicht vergeblich auf dieser Liste suchen wird, sonst würde sie mit ihrem höhnischen Triumph vielleicht etwas zurückhaltender gewesen sein. Derselbe steht ihr um so weniger zu, als es grade von orthodoxer Seite der freisinnigen Richtung immer zum Vorwurf gemacht zu werden pflegt, daß sie da, wo sie den entscheidenden Einfluß behauptet, denselben zur Vergewaltigung jeder anderen Richtung ausbeutet, wie dies erst neuerdings der badischen Generalsynode gegenüber bei Gelegenheit der Wahl ihres Präsidiums geschehen ist.

Die „Magd. Ztg.“ schreibt: Das Institut der Gerichtsvollzieher hat sich für die Zwecke der Kriminaljustiz als ziemlich unbrauchbar herausgestellt, namentlich in solchen Fällen, in denen es auf die prompte Ausführung von Verhaftungen und Vorführungen ankommt. Die Staatsanwaltschaften und die Amtsgerichte, soweit sie mit der Strafrechtspflege, besonders mit der Strafvollstreckung betraut sind, haben deshalb vielfach die Mitwirkung der Polizeibehörden in Anspruch nehmen müssen. Diese aber, von der Ansicht ausgehend, daß ihnen hierdurch eine Arbeit aufgebürdet würde, welche der Justizverwaltung obliege, haben in nicht seltenen Fällen ihre Mitwirkung abgelehnt. Indessen waren die Staatsanwaltschaften in der Lage,

arbeiten in seinem Kopf. Er sieht einen schneidenden Widerspruch zwischen den bestehenden Verhältnissen und der hohen Mission der Musik als Bildnerin des Volkes. Der Trieb nach mühselos, um nicht zu sagen frivoler Unterhaltung drückt die Kunst aus ihren hohen Regionen herab in den Dunstkreis sinnlicher Anregungen und eines handwerksmäßigen Betriebes. Die Verwirklichung des Ideals, dem er zuteuft, sieht er in einem allgemeinen musikalischen Weltverbande, der sich die Aufgabe stelle, „die emportreibende Bewegung und die unbegrenzte Entwicklung der Musik hervorzurufen, zu ermutigen und zu betätigen, die Stellung der Künstler zu heben und zu adeln durch Abschaffung der Missbräuche und Ungerechtigkeiten, denen sie ausgesetzt sind.“ Das ist nun freilich eitel Schwärmerei, aber sie ehrt einen vierundzwanzigjährigen Virtuosen — den die Aufsätze stammen aus dem Jahre 1835 — dem die Welt im Konzerthaus wie im Salon bereits ihre Huldigungen zu führen legte.

Man hat Liszt früher wiederholt den Vorwurf der Effethascherei gemacht und an ihm gerügt, daß er bei dem Vortrage klassischer Werke nur zu sehr sein Virtuosen-Jch auf Kosten des Charakters der Lieddichtung im Auge behalten habe. Ueber diesen Punkt legt er nun selbst in einem Brief an George Sand aus dem Jahre 1837 ein reumüthiges Geständniß ab. „Ich trug häufig Werke — heißt es dort — von Beethoven, Weber und Hummel sowohl öffentlich wie in den Salons vor, wobei man nie erwartete, die Bemerkung zu machen, daß meine Stücke „sehr schlecht gewählt seien“. Zu meiner Beschämung sei es gestanden: um einem Publikum, welches das einfach Erhabene des Schönen immer langsam erfaßt, des Beifalls Bravo zu entlocken, mache ich mir keinerlei Gewissensscrupel daraus, Zeitmaß und Idee zu ändern; ja ich ging leichtfertigerweise so weit, eine Menge Läuse und Kädenzen beizufügen, die mir allerdings den Beifall der Unwissenden gesichert haben, mich aber auf Wege führten, welche ich glücklicherweise bald wieder verließ.“ Er beklagt es übrigens sehr, auf solche Weise Konzessionen dem schlechten Geschmack gemacht zu haben. „Inzwischen hat eine absolute Chrfurc vor den Meisterwerken unserer großen Genien jenes Verlangen nach Originalität und persönlichen Erfolg meiner dem Kindesalter noch zu nabestehenden Jugend vollständig ersezt. Zu dieser Stunde verstehe ich es nicht mehr, eine Komposition von dem ihr vorgeschriebenen Takt zu trennen, und die Annahme, Werke älterer Schulen schmiften oder gar verzügeln zu wollen, erscheint mir bei dem Musiker gerade so absurd, als wenn ein Baumeister ein korinthisches Kapital auf die Säulen eines egyptischen Tempels setzen wollte.“ Dieser Gesinnung ist er bis auf den heutigen Tag treu geblieben. Und wie hätte er anders gekonnt? Sein Glaubensbekenntniß war seine anerkannte oder aufgedrähte Formel, sondern die Frucht eines fortwährenden festigen Ringens nach dem Ideal.

Unverändert in seinen Überzeugungen, wohl aber unendlich ge-

Mittwoch, 26. Oktober.
die Thätigkeit der Polizei dennoch herbeizuführen, indem sie diejenigen Polizeibeamten mit Anweisung versahen, welche ihnen als Hilfsbeamte unterstellt sind, eine Befugnis, welche den Amtsgerichten nicht zusteht. Diese Verhältnisse haben zu vielfachen Unzuträglichkeiten und zu gegenseitigen Beschwerden der einzelnen Behörden geführt, und in der That bedürfen sie im Interesse der Strafrechtspflege dringend einer anderweitigen Regelung. Wie wir erfahren, schwaben gegenwärtig, besonders wohl durch die Beschwerden der Polizeiverwaltungen veranlaßt, Verhandlungen zwischen dem Justizminister und dem Minister des Innern, welche die schwedende Frage zur Entscheidung zu bringen bestimmt sind. Die Beschwerden der Polizeibehörden scheinen uns, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, begütet zu sein. Ihre Heranziehung für die Zwecke der Strafvollstreckung namentlich darf nicht zur Regel werden, wie dies in einzelnen Orten geschehen sein soll. Die Justizverwaltung hat in erster Reihe für sich selbst zu sorgen, und erst wenn ihre Organe nicht ausreichen, erscheint die Heranziehung der Polizei in einzelnen, ganz besonders gearteten Fällen gerechtfertigt. Gegenwärtig stehen den Justizbehörden für die fraglichen Zwecke keine genügenden Kräfte zur Verfügung, und um sie zu beschaffen, wird man sich zu einer angemessenen Vermehrung der Unterbeamten bei den Staatsanwaltschaften und Amtsgerichten entschließen müssen.

Die allgemeine Viehzählung, welche am 9. Dezember d. J. im gesamten deutschen Reiche vorgenommen werden soll, würde bereits zugleich mit der letzten Volkszähnung Ende 1880 stattgefunden haben, wenn nicht der Reichskanzler sich in einer Vorlage an den Bundesrat dagegen ausgesprochen und letzterer dann schließlich zugestimmt hätte. Von einer Verbindung der Viehzählung mit der Volkszählung befürchtete der Reichskanzler Beschwerden für das Publikum, die Gemeindebehörden und die Landräthe, und doch wird, wie verlautet, die besonders stattfindende Viehzählung am 9. Dezember d. J. im Wesentlichen nach demselben Verfahren vorgenommen werden, welches bereits bei der letzten Volkszählung beobachtet worden ist. Was nun Zweck und Bedeutung der Viehzählung betrifft, so ist die letztere von Wichtigkeit sowohl für eine gerechte Vertheilung öffentlicher Pflichten und Lasten, als auch in wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Beziehung. Die Ergebnisse der Viehzählung gewähren einen wesentlichen Beitrag zur Kunde des Nationalwohlstandes, lassen den Stand und die Bedeutung der einzelnen betreffenden Produktionsweige im Verhältnis zu einander, sowie die darin in den einzelnen Kreisen, Provinzen u. c. hervortretenden Verschiedenheiten erkennen, gewähren im Vergleich mit früheren Aufnahmen Aufschluß über Fort- oder Rückgang einzelner Zweige und geben dadurch Anhalts- und Agreepunkte, auf fördernde Maßnahmen Bedacht zu nehmen. Insbesondere sind die Ergebnisse der Viehzählung für das ländliche Versicherungswesen und als Material zur Beurtheilung der Lage der Landwirtschaft wertvoll. Die lehre allgemeine Viehzählung im deutschen Reiche fand am 10. Januar 1873 statt.

Der Statut der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung veranschlagt die fortdauernden Ausgaben für das Statut 1882—83 auf 123,864,000 M. dagegen die Einnahme auf 145,128,000 M. mitin Ueberfuß 21,264,000 M.; davon abgezogen die einmaligen Ausgaben mit 3,098,000 M. ergibt einen Ueberfuß von 18,166,000 M. Das Mehr der fortdauernden Ausgaben gegen das Vorjahr beträgt 4,839,395 M.; dagegen werden die vorjährigen Einnahmen um 7,406,250 M. überstiegen, der Ueberschuß erhöht sich um 2,566,855 M. und der Rest nach Abzug von 66,378 M. einmaliger Ausgaben um 2,500,477 M. Hierzu treten Beiträge Baierns und Württembergs zu den Kosten der Zentralverwaltung des Post- und Telegraphenministers mit 29,268 M. Die außerordentlichen Ausgaben sind nur zu Bauzwecken erforderlich. Zu Grundstücksanlässen und Bauten für unvorhergesehene Fälle sind, wie im vorigen Jahre, 150,000 M. angesetzt. Auch der Militärateat für 1882—83 liegt bereits vor. Derselbe veranschlagt die Einnahmen auf 2,871,389 M. (165,569 M. weniger als im Vorjahr). Dazu treten an Einnahmen der Militärverwaltung für Rechnung der Gesamtbehörde aller Bundesstaaten 238,309 M. (81,361 M. mehr als im Vor-

reiste, finden wir Liszt wieder in den Essays, welche den dritten Band der ersten Abtheilung der gesammelten Schriften füllen. Sie sind in den Fünfzigerjahren geschrieben, als Liszt in Weimar seine Thätigkeit der dortigen Oper zuwandte. Auch hier verleugnet er den Idealisten nicht. Das Ziel seiner Anstrengungen erhebt sich hoch über den zur Zeit bestehenden Opernhimmel. Er ist zu groß angelegt, ist zu sehr durchdrungen von den erhabenen Aufgaben seiner Kunst, als daß er sich mit dem in den jetzigen Theaterzuständen waltenden Geist befriedigen könnte. Die Erfahrung, die uns hier auf jedem Schritt und Tritt auffüllt, die banalen Grundsätze, welche die Leitung der meisten Opern-Institute beeinflussen, können einen Künstlersinn, wie er ihn obenbart, nur schmerlich berühren. Unnötig bricht er bei Gelegenheit einer Aufführung der „Euryanthe“ von Weber 1854 in die Worte aus: „Dass in diesem Momente in ganz Europa kaum ein Theater zu finden sei, welches nach einem Kunstepos geleitet wird, sich durch eine wirkliche Kunsthälfte ernstlich bewährt und folglich als Schule bildend betrachtet werden könnte.“ Wir sehen überall nur vereinzelte Künstler, welche die ephemere Neugierde der Menge in Anspruch nehmen oder vorübergehende Novitäten, die durch eine gewisse Anzahl von Vorstellungen die Kasse füllen. Vergeblich würden wir uns nach einer Bühne umsehen, welche kunstberechtigt den Diapason der Kunst aufrecht erhält und somit als tonangebend zu beachten wäre.“

So war es im Jahre 1854 und — ist es jetzt anders geworden? Einen wohlthuenden Eindruck macht es beiderseits, daß Liszt, der doch an der Spitze der Wagner-Partei steht, in diesen höchst interessanten Essays von der Tagesparole ganz unabhängig hält, das Schöne anerkennt und rühmt, in welcher Form und in welche Schule er es nur findet. Das beweisen seine Urtheile über die „Hugenotten“ von Meyerbeer, über Rossini's „Teil“, die „Favoritin“ von Donizetti, Mendelssohn's Musik zum „Sommernachtstraum“ u. a. Sie sind schneidige Demonstrationen gegen den blinden Fanatismus, in welchem die Schaar der Wagnerianer ein wahrhaft abschreckendes Beispiel aufgestellt hat und noch aufstellt. Ueberhaupt bringen diese Essays gar Vieles, was unseren Künstlern und Musikkäubern zur Beherzigung anzuempfehlen wären.

Es steht zu erwarten, daß diese Bekenntnisse und Darstellungen eine baldige weite Verbreitung finden werden; sie verdienen es im vollen Maße, ohnehin würde schon der Name, der ihnen voransteht, genügen, sie weit zu tragen. Der Leser wird dem Autor für die Gabe Dank wissen, steht er doch obendrein aus ihnen den Gewinn, daß sich ihm das Bild des berühmten Meisters, dessen siebzigstes Geburtstagssfest die ganze gebildete Welt feiert, in treuen, ungefälschten Bildern vor die Augen rückt.

(Wiener Presse.)

Österreich.

Jahre). Die Summe der fortlaufenden Ausgaben beträgt 264,437,142 Mark (900,164 M. mehr als im Vorjahr). Die einmaligen Ausgaben belaufen sich auf 4,912,028 M. gegen 21,964,502 M. im Vorjahr, also um 17,043,474 M. weniger als im Vorjahr. Fast alle Positionen des Ordinariums haben Erhöhungen erfahren, bei einigen kommen auch Minderhöfe vor. Hervortretende Veränderungen gegen das Vorjahr sind indessen nicht zu bemerken.

— Neben die Überführung der Leiche des Fürstbischofs Dr. Förster geht der „Bresl. Ztg.“ folgender Bericht zu:

Nachdem heute, Montag, den 24. Vormittags, zu Schloss Johannesberg die Trauerfeierlichkeiten, bei welchen Kanonikus Dr. Lorinser die Trauerrede hielt, unter äußerst zahlreicher Betheiligung der Stadt- und Landbevölkerung, der dortigen Vereine und Genossenschaften stattgefunden hatten, erfolgte um 12 Uhr Mittags desselben Tages mittlerer Extrazug die Überführung der Leiche vom Bahnhofe Potschau aus. Auf dem Wege dahin von Schloss Johannesberg aus gab sich in den Ortschaften des österreichischen Theiles der Diözese, welche der Trauerzug berührte, überall die regste Theilnahme fand. In Sauerbrunn hatten sich die Spalten der österreichischen Behörden, u. a. auch der Landespräsident von Troppau, bei dem feierlichen Alter beteiligt, während Kaiserjäger die Ehrenwache gestellt hatten. Auf allen Bahnhöfen, welche der die Leiche führende Eisenbahnzug auf der Fahrt von Potschau nach Breslau verührte, hatte sich die katholische Bevölkerung in ihrem größten Theile eingefunden. Von Breslau aus waren zahlreiche Katholiken, sowie Deputationen der verschiedenen katholischen Orden und Kongregationen theils nach Sauerbrunn, theils nach Kamenz und Potschau entgegengereilt, um der Leiche auf dem letzten Wege das Geleit zu geben. Auf dem Breslauer Centralbahnhof traf der Extrazug mit der Leiche des Fürstbischofs um 24 Uhr ein. Trotz des strömenden Regens hatten Tausende von Menschen theils am Bahnhofe, theils auf den Straßen in der Umgebung des letzteren Aufstellung genommen. Auf dem Perron des Centralbahnhofes, welcher für das Publikum abgeschlossen war, waren die hervorragenderen Persönlichkeiten der katholischen Bevölkerung, die Dom- und Stadtgeistlichkeit, zahlreiche Priester aus der Provinz, Deputationen der hiesigen Klöster, der katholischen Studentenvereine „Unitas“ und die katholische Studenten-Verbindung „Winifridia“, Gesellen- und Meistervereine, sowie die religiösen Genossenschaften mit ihren Fahnen und Abzeichen, die Vorstände der hiesigen Kirchen, sowie Vertreter des katholischen Adels Schlesiens versammelt. Auch bemerkten wir unter den Erwähnten den Oberlandesrabbiner Titzin. Nachdem der mit violettem Sammet überzogene und mit starren Silberbeschlägen gezierte Sarg, auf welchem die Insignien der bischöflichen Würden, bestehend in Kelch mit Patene, schwärzungsfarbenem Bischofsstab, Bischofsmütze und Stola, unter den priesterlichen Gebeten aus dem mit Tannengrün geschmückten Transportwagen herausgehoben und auf den am westlichen Portale des Centralbahnhofes haltenden, mit vier Wurden bepannten Leichenwagen gehoben worden war, setzte sich der Trauerzug in Bewegung. Da die Verfügung des Oberpräsidenten, nach welcher die feierliche Überführung der Leiche nach dem Dom nicht gestattet sein sollte, in letzter Stunde auf Grund anderweitiger, neuerdings eingegangener höherer Entscheidung dahin abgeändert worden war, daß einer feierlichen Einholung der Leiche des Fürstbischofs kein Hindernis entgegengestellt werde, die Beheiligung der Behörden und Schulen als solche aber ausgeschlossen bleiben sollte, so waren, soweit sich dies in der kurzen Zeit thun ließ, Arrangements getroffen worden, um die Einholung in feierlicher Weise vor sich gehen zu lassen. Die unabsehbaren Menschenmassen, welche trotz des unfreundlichen Wetters den Platz am Bahnhofe und die Straßen der Umgegend gefüllt hatten, machten eine regelrechte Entfaltung der Zuges in der Nähe des Bahnhofes unmöglich. Erst auf der Neuen Taschenstraße wurde es möglich, eine bessere Ordnung herbeizuführen. Demnächst bewegte sich der Leichentrauzug über die Neue und Alte Taschenstraße, die Grüne Baumbrücke, Katharinenstraße, den Neumarkt, Alte und Neue Sandstraße nach der Dombrücke. Dem Wunsche, während der Überführung die Läden in den vom Zug berührten Straßen zu schließen, war seitens der Ladeninhaber bereitwillig nachgekommen worden. An der Dombrücke, wo selbst das Domkapitel und die Böblinge des adeligen Stifts den Trauerzug empfanden, wurde der mit Kränzen und Schleifen geschmückte Sarg vom Leichenwagen herabgenommen und auf einen Baarre von zwölf Priestern nach der Domkirche getragen. Die Anordnung, in welcher sich nun der Trauerzug bewegte, war folgende. Voran schritten sieben Chorknaben mit Kreuz und Stäben. Es folgten sodann die Waisenknaben des Mater Dolorosa-Stifts, Schulfinder, der katholische Gesellenverein mit schwarzumförmter Fahne und brennenden Kerzen, der katholische Meisterverein, die Bruderschaft Mariä Heimsuchung, die katholischen Studentenverbündungen „Unitas“, „Freie Vereinigung“ und „Winifridia“ mit ihren Fahnen, die Böblinge des adeligen Stifts, wiederum sieben Chorknaben mit Kreuz und Stäben, der Domsängerchor, die Dom- und Stadtgeistlichkeit im Ornat, das Domkapitel, geführt von dem Weihbischof im bischöflichen Ornat; demnächst folgte der Sarg, hinter welchem die Kirchenvorstände, Vertreter katholischer Orden und Genossenschaften, zahlreiche Priester aus der Provinz, sowie eine sehr große Anzahl von Katholiken aus Breslau und Umgegend. In der Domkirche selbst, in welcher der Sarg an den Stufen des Hochaltares niedergetragen wurde, war der Andrang ein so ungeheuer, daß die weiten Räume der Kathedrale die Menschenmassen nicht fassen konnten. Unter feierlichen Gebeten am Sarge fand die Feierlichkeit ihren Abschluß. — Die feierliche Beiseitung im Dome wird Dienstag Vormittag, 10 Uhr stattfinden, bei derselben wird Kanonikus Wick die Trauerrede halten.

— Die „K. H. B.“ meldet aus Königsberg vom 25. d.: In der Disziplinar-Untersuchungssache wider die fünf hiesigen Beamten der Oftbahn wegen ihres Verhaltens gegen ihre vorgesetzten Behörden zur Erzielung einer besseren peinlaren Stellung begab sich heute eine Untersuchungskommission in die Provinz, um Vernehmungen dort stationär, in der Sache mit verlochten Beamten vorzunehmen. Nachdem die Voruntersuchung geschlossen sein wird, geben die Altenen den in Bremen für diese Sache niedergesetzten Disziplinargerichtshof.

— In Bayern macht das Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten bekannt, daß am 27. Oktober d. J., an welchem Tage die Wahlen zum deutschen Reichstage stattfinden, der Unterricht an sämtlichen Unterrichtsanstalten auszusetzen ist, damit das Lehrpersonal in der Ausübung seines Wahlrechtes nicht behindert wird.

— Danzig, 24. Oktober. [Mit Gott.] Wer eigentlich der Patron des reaktionär-klerikalen Kompromiß-Kandidaten für Danzig, des Herrn von Puttkamer-Plauth ist, hat trotz der Berufung des Landrats von Gramatzki auf höheren Auftrag bisher nicht festgestellt werden können. Ein von den Freunden des Herrn von Puttkamer ausgegebenes Flugblatt löst endlich das Rätsel. „Die Zukunft, heißt es am Schluss desselben, wird uns lehren, daß wir gut gewählt haben und daß von oben uns der Besuch wird — nämlich von dem Oben, an dem uns Alles gelegen ist und um des Willen unser preußischer Wahlspruch ist: Mit Gott.“ Auch Herr von Kleist-Nehow versprach bekanntlich seinen Wählern, Gott der Herr, der Himmel und Erde in Händen hat, werde ihnen den Tisch mit Gütern so reichlich decken, als sie bedürften. Die Herren treiben wohl praktisches Christenthum?

Wien, 23. Oktober. [Der „Deutsche Club“] ist statt zum Sammelplatz der Opposition zum Erisapfel geworden, der, in die Reihen der Verfassungspartei geworfen, dort die ärtesten Verwüstungen anrichtet. Als Herbst zögernd und gitterweise sich der deutsch-nationalen Idee näherte und die Organe der Linken bei jeder neuen Rede in ein erneutes Jubelgefei ausbrachen, da hatte es den Anschein, als sei wirklich das deutsch-nationale Programm von der gesamten Linken akzeptiert und dem befreiten Führer sei eben nichts Anderes übrig geblieben, als mitzuhören, um sich von seiner Armee nicht trennen zu müssen. Der „Press“ entnehmen wir darüber folgende Stelle:

„Wir selbst theilten diesen Irrthum. Lag doch in dem Gedanken, den egoistischen slavischen Aspirationen ein deutsch-nationaler Gegen gewicht zu schaffen, eine vom exklusiven Parteistandpunkte aus unanfassbare Logik. In seiner gewiß nicht unbedenklichen Schärfe stellte der deutsch-nationalen Gedanke die schreckliche Rückkehr aller Parteien zum österreichischen Staatsbewußtsein in Aussicht und zeigte sich somit als ernste aber vielleicht erlösende Krisis aus den Missverständnissen und Verwirrungen des nationalen Haders. Es kam indeß anders. Ein namhafter Theil der Verfassungspartei thut bei der ganzen deutsch-nationalen Aktion nicht mit. Es soll damit keineswegs gefragt sein, daß diese Frondeure in der Partei etwa ihr deutsches Stammesbewußtsein verleugnen, oder die Wichtigkeit des deutschen Sprach-Elementes für die Einheit der Staatsverwaltung verkennen wollten. Die Herren Pleiner, Groß und Czeld stehen mit namhaften Genossen hier auf denselben Standpunkten, den auch wir in dieser Frage einnehmen, daß Deutschtum und deutsche Sprache für Österreich in erster Linie eine kulturelle Bedeutung haben, die sicher und eindringlich nur aus dem Grunde des gesamtstaatlichen Interesses gewahrt werden können. Es ist das ein deutsch-centralistischer Standpunkt, der an sich durchaus keinen Widerspruch gegen eine Regelung der nationalen Frage enthält, wenn auch die deutschen Centralisten zu dieser Regelung bisher die Hand nicht geboten haben. Für Jene also, welche das deutsch-nationalen Programm nicht um seiner selbst willen akzeptierten, die ihr Österreicherbüth voll zu wahren und auch fernher ihr politisches Verhalten lediglich durch die erkannten Interessen des Gesamtstaates beeinflussen zu lassen entschlossen waren, für alle diese war der „Deutsche Club“ in dem Augenblick beseitigt, als flar gestellt war, daß eine namhafte Anzahl deutsch-liberaler Abgeordneter für diesen Club nicht zu gewinnen sei. Diejenen Parteimännern galt die taktische Einigung der Opposition als Hauptziele, die Basis der Einigung war ihnen Mittel und jedes ehrliche Mittel war willkommen. Konnte der „Deutsche Club“ in die Einigung bringen, um so besser, wenn nicht, dann geschah, was eben geschah; das Programm wanderte als unpraktisch in den Papierkorb.“

Dänemark.

Kopenhagen, 22. Oktober. [Die Kammer und das Ministerium. Die katholische Kirche.] Der „Ostsee-Zeitung“ entnehmen wir darüber Folgendes:

Seitdem die Reichstagsession formell eröffnet worden ist, herrscht in Dänemark vollständige politische Ruhe; es ist die Stille vor dem Sturm, der nach dem Beginn der Reichstagsverhandlungen Ende November, sicher nicht ausbleiben wird. Daß es im kommenden Frühjahr zu einem Ministerwechsel kommt, ist die erste Überzeugung aller politischen Kreise des Landes, auch der Regierungspartei. Von Seiten der letzteren wird darauf hingewiesen, wie der Konfessionspräsident Ettrup wiederholt erklärt habe, daß das Ministerium der oppositionellen Majorität des Folketing nicht weichen werde, so lange das Landsting als ein dem Folketing gleichberechtigter legislativer Faktor auf seiner Seite stehe. Da es nun, wie schon früher erwähnt, für ausgemacht gilt, daß das Landsting seine Zustimmung zu einem interimsistischen Finanzgesetz (Budget) nicht wieder geben und das Folketing andererseits ein reguläres Budget nicht bewilligen wird, so bleibe dem Ministerium eben nichts Anderes übrig, als auf eigene Faust ein Budget zu defektieren, dem die durch die Verfassung vorge schriebene Genehmigung der beiden Abtheilungen des Reichstages fehle. Zu diesem schon früher angewandten letzten Hülsmittel will das Ministerium indessen nicht noch einmal seine Zuflucht nehmen und König Christian würde einem solchen äußersten Schritte auch kaum wieder seine Sanction ertheilen. Dem Ministerium bliebe also kein anderer Ausweg als die Demission. — Die nunmehr beendeten Reichstagswahlen sind so entschieden zu Gunsten der Bauernpartei ausgesessen, daß diese Partei nicht nur in der neu gewählten zweiten Kammer die überwogene Majorität besitzt, sondern auch in Folge der Erfolgswahlen zur ersten Kammer in letzterer einen Zuwachs erhalten, so daß sie in Zukunft auch bei gemeinsamen Abstimmungen beider Kammern die Entscheidung vollständig in Händen hat. Man ist indessen vielfach der Ansicht, daß die Partei nur in seltenen Fällen geschlossen vorgehen wird, da es ihr einerseits an einer energischen und intelligenten Führung fehlt und andererseits ihre einzelnen Mitglieder, wie die Erfahrung bisher gelehrt hat, sich in finanziellen Angelegenheiten lediglich ihr eigenes persönliches Interesse, ohne Rücksicht auf das Interesse des Staates und der Partei, zur Rücksicht dienen lassen. — Die katholische Kirche hat nun mehr auch in Dänemark das Bürgerrecht erhalten. Der schon seit Längern bestehenden katholischen Gemeinde in Kopenhagen ist nach erfolgter Vereinbarung zwischen der dänischen Regierung und der päpstlichen Kurie die staatliche Anerkennung und dem Pfarrer der Gemeinde das Recht zur Bannahme kirchlicher Handlungen, sowie zur Ausfertigung mit den Kirchenbüchern übereinstimmender Bescheinigungen mit bürgerlicher Gültigkeit zugestanden worden. Allerdings hat der Pfarrer Augustin Städer sich zuvor eidlich verpflichten müssen, den dänischen Gesetzen und dem Urtheil der bürgerlichen Gerichte sich unterwerfen zu wollen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Katholizismus sich jetzt in Dänemark, nachdem er staatsseitig anerkannt worden ist und sich somit frei bewegen kann, gewaltig ausdehnen wird. Unterstützt wird die katholische Propaganda hauptsächlich von einzelnen Familien des hohen dänischen Adels.

Rusland und Polen.

Warschau, 22. Oktober. [Polizei-Präsident. Zur Verwaltung.] Neuerdings wird hier die Nachricht folportiert, schreibt die „Politische Korrespondenz“, daß der Polizei-Präsident von Warschau, General Buturlin, eine analoge Stellung in Petersburg erhalten soll. Diese Mel dung ist zwar offiziell bereits dementirt worden, findet aber trotzdem hier noch immer Glauben, weil man in maßgebenden russischen Regierungskreisen entschlossen zu sein scheint, die anerkannte Tüchtigkeit des Generals Buturlin auf dem Gebiete des Polizeidienstes auch auf dem weit schwierigeren Posten von Petersburg zu erproben. General Buturlin würde selbst nur ungern die hiesige Stadt verlassen. — Wie verlautet, wird eine Administrationsreform von Russisch-Polen in der Richtung geplant, daß das Land in Hinkunft anstatt in zehn, wie bisher, nur in sechs Gouvernements (Kreise) eingeteilt werden soll. Als neue Gouvernements-Städte werden Łódź und Chełm bezeichnet, erstere wegen ihres immer größeren industriellen Aufschwunges, letztere wegen des seit etwa 10 Jahren daselbst befindlichen orthodoxen Bischofs. Von den bisherigen Gouvernementsstädten würden nur Warschau, Radomsk, Plock und Augustowo als solche verbleiben.

Zur Wahlbewegung.

— Aus Garthaus wird der „Volks-Ztg.“ geschrieben, daß der Landratsamtsbote an alle Gastwirthe und Kaufleute Stimme zettel für den freikonservativen Kandidaten Rittergutsbesitzer Piper-Smazin verheilt.

— In der Provinz Sachsen hat der Bürgermeister der Stadt Schkeuditz (bei Merseburg) die Verbreitung des secessionistischen „Deutschen Reichsblatts“ polizeilich verboten. Mit welchem Rechte?

Georg v. Bunzen hat am 23. d. M. in Schmiedeberg seinen Wählern einen Vortrag gehalten, in dem er u. A. sagte: „Es ist mir vorgeworfen worden, daß ich das Wort „Dictatur“ mit dem Fürsten Bismarck in Verbindung gebracht habe. Das hat aber Fürst Bismarck selbst gethan.“ In der That weiß jedes Mitglied des Reichstags, daß der Reichskanzler in der letzten Session mit aller Offenheit erklärte, daß es gebe Zeiten, in denen liberal und solche, in denen diktatorisch regiert werden müsse. Da gegenwärtig die Liberalen in den Augen der reichsansässigen Presse Reichsfeinde geworden sind, so bleibt nur die Eventualität einer diktatorischen Regierung übrig, — wenn die Wähler am 27. Oktober nicht entschieden protestieren.

— Die Offiziösen haben bekanntlich wieder Klage erhoben, daß in Thüringen die Regierungen nicht die konservativen Kandidaten unterstützen. Jetzt lesen wir in einer Korrespondenz des „Leipziger Tagebl.“ aus Eisenach Folgendes: „Der konservative Kandidat Dr. Fuchs hat seit länger als 14 Tagen in Eisenach Aufenthalt genommen und bereit, meist in Begleitung des konservativen Vereinsvorsitzenden Staatsanwalt Schönemann, den Wahlkreis.“

Eine polizeiliche Auflösung unter ganz neuen Umständen erlebte eine Versammlung, welche für die Wähler des 123. berliner Stadtbezirks (4. Wahlkreis) am Sonnabend in Klausnitz Restaurant, Alexanderstraße 31, stattfand. Kaufmann Max Schulz eröffnete die Versammlung mit dem Hinweise, daß die Arbeit in den letzten Tagen vor der Wahl die wichtigste im ganzen Wahlkampf sei. Darauf hielt Herr Rechtsanwalt Cassel einen von Begeisterung getragenen Vortrag über die Bedeutung der Wahlen und dann nahm der Tischlermeister Hansen das Wort zur Diskussion und sprach wörtlich Folgendes: „Ich freue mich, der Fortschrittspartei und speziell zum 4. Wahlkreis zu gehören. Die Sozialdemokratie ist hier mächtiger, als irgendwo. Ein Gegner, der im Verbogenen wühlt, ist gefährlicher wie jeder andere. Wenn wir nicht alle Kräfte zusammennehmen, diesen starken Gegner zu besiegen, so wird die Sozialdemokratie als Sieger aus der Urne hervorgehen.“ — „Ich erkläre die Versammlung für aufgelöst!“ — so erklang hier die Stimme des Polizei-Lieutenants, ein dreifaches Hoch auf den Kandidaten Träger war die Antwort darauf. Den Grund der Auflösung anzugeben, lehnte der Beamte dem Vorsitzenden gegenüber ab. So bleibt nur die Vermuthung bestehen, daß der Lieutenant die Worte des leichten Redners falsch aufgefaßt hat. Die Einberufer werden Beschwerde einreichen.

Hamburg, 24. Oktober. Der hiesige liberale Kandidat, Herr Rittergutsbesitzer Conrad Pochozyn hat in dem Orte Krupowin kein Lokal bekommen, in welchem er vor den Wählern sein politisches Glaubensbekenntnis ablegen wollte; es wird diese Machination auf den landräthlichen Einfluß zurückgeführt. In einem anderen Theile des Kreises, nämlich in dem Marktstücken Osche, erging es ihm nicht besser, dort hatte der konservative Großgrundbesitzer Nitschinski und sein Anhang das öffentliche Auftreten des Gegners zu verhindern gewußt. Ein derartiges Manöver mag anderswo den Reaktionären Nutzen gebracht haben; in Schwerin Kreise, der fast ebensoviel polnische als deutsche Wähler zählt, muß es sich als zweckneidiges Schwert erweisen. Denn bei der unbedingt nötig werdenden Wahl kann der deutsch Kandidat nur bei einmütigem Zustimmen aller Deutschen den Sieg davontragen. Wird diese Einigung aber nicht von vornherein in Frage gestellt oder wenigstens außerordentlich erschwert, wenn durch die erwähnten Vorgänge sich eine erklärende Erklärung der Gemüter bemüht, die später vielleicht in der Wahlentscheidung ihren Ausdruck findet?

An unsere Männer zum 27. Oktober.*

Wir Frauen, wir sollen nicht politistren, Wir sollen den Löffel, die Nadel nur führen;

Wie es in der Welt geht, erfahren wir selten, Weit besser wär's aber, man ließ uns mehr gelten!

Da haben wir doch jetzt die Reichstagswahl, Die machen Euch Männer viel Sorgen und Qualen; Wen sollen wir wählen? so hört man Euch fragen; Na, wer's noch nicht weiß, dem will ich's hier sagen:

Wenn Sonnabends wir unser Wirtschaftsgeld wollen, Dann seid Ihr stets da mit Banzen und Schmollen, Ihr Frauen, so heißt's da im Handumdrehn,

Ihr wißt mit dem Geld gar nicht umzugehn!

Oho, meine Herren, jetzt will ich's Euch zeigen Und Euch mal die Wahrheit recht gründlich geigen!

Hier sieht's schwarz auf weiß, sieht die Rose ins Blatt,

Wie man uns die Wirtschaft verheuert hat!

Bertheuert hat man uns das Brod und das Salz, Bertheuert den Käse, den Zucker, das Schmalz,

Bertheuert Gewürze, Petroleum und Eis,

Den Thee und das Bier uns erhöht im Preis!

Drum braucht Ihr Euch gar nicht erst lange zu quälen,

Denk an Eure Frauen und Kinder beim Wählen,

Um wie viel man uns jetzt im deutschen Staat Die Lebensmittel verheuert hat!

Dann schlägt Ihr gewiß einen Mann nach Berlin,

Der auch für uns arme Frauen hat Sinn;

Der billige Brod und Brot schafft ins Haus,

Dann kommen wir auch mit dem Wirtschaftsgeld aus!

Ihr Frau'n aber alle, in unserem Kreis,

Macht nun Euren Männern die Hölle recht heiß,

Führt selber die Faulen zur Wahlurne ran,

Zu wähln einen wackeren Fortschrittsmann!

Ein sparsame Hausrfrau, die fünf Mäulerchen zu stopfen hat.

*) Obiges Gedicht ist der Berliner „Volks-Ztg.“ aus dem 15. südlichen Wahlbezirk zugegangen.

Telegraphische Nachrichten.

Tunis, 24. Oktober. Die fünfte und sechste Brigade vereinigten sich am 21. d. bei Zum el Karuba, wo die Brigade Philibert bleibt, um den Ouledaria-Stamm zu verhindern, zu den Aufständischen zu stoßen. Die übrigen Truppen unter Sauffier, Logerot und Sabatier sind gestern gegen Kairouan aufgebrochen. General Saintjean befiehlt die Kavallerie, Oberst Condé die Artillerie und Oberst Allegro die tunesischen Gums. Sauffier führt Lebensmittel für 8 Tage mit. Während der drei ersten Tagemärkte erhalten die Soldaten zwei, die Pferde fünf Liter Wasser täglich. Es wird angenommen, daß die Aufständischen keinen ernstlichen Widerstand leisten werden. (Wiederholte)

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung“.

Berlin, 25. Oktober, Abends 7 Uhr.

Der „Reichsanzeiger“ publiziert eine Anordnung des Staatsministeriums von heute, durch welche auf Grund des Sozialistengesetzes der kleine Belagerungszustand über Altona, Wandsbek und Lauenburg mit Zubehör auf ein Jahr verlängert und auf Stadt und Amt Harburg ausgedehnt wird. Die Anordnung tritt mit dem 29. d. Mts. in Kraft.

Wähler!

Der Tag der Entscheidung naht heran!
Kandidat aller Liberalen für den Wahlkreis Posen ist

Herr Bürgermeister Herse,

ein bewährter Volksmann, ein tapferer Streiter für Freiheit und Recht.

Wer keine neuen Steuern eingeführt, sondern die bestehenden Lasten ermäßigt, insbesondere die Besteuerung der unentbehrlichsten Verbrauchsgegenstände durch Zölle beseitigt wissen will, wähle den

Bürgermeister Herse.

Bürgermeister Herse ist auch entschiedener Gegner des Tabakmonopols und einer weiteren Erhöhung der Tabakssteuer, so wie jeder das Geschäftsleben der Bürger einschränkenden Verstaatlichung.

Bürgermeister Herse will die Freiheit des bürgerlichen Erwerbs nicht beschränkt, die bestehenden Volksrechte gewahrt und die Gleichberechtigung aller geschützt wissen.

Die Wahl findet morgen, Donnerstag den 27. Oktober, von Vormittags 10 Uhr bis Nachmittags 6 Uhr statt und beschränkt sich auf die Abgabe eines zusammengefalteten Stimmzettels.

Die Reaktion macht große Anstrengungen, um die Wahl des Herrn Bürgermeisters Herse zu hinterreiben.

Thue daher Ledermann seine volle Schuldigkeit! Niemand verlässe sich auf den Anderen!

Auf denn, Ihr Bürger in Stadt und Land, Ihr Arbeiter und Handwerker, Landwirthe und Kaufleute! wahrt Euer Recht! schützt Eure Interessen! wählt den

Bürgermeister Herse.

Vocales und Provinzielles.

Posen, 25. Oktober.

— [Noch ein paar Regeln für den Wahltag.] 1. Wer am 1. Oktober an einen anderen Ort resp. in eine andere Stadtgegend vorgegen ist, ist nur in dem Wahlbezirk, in welchem seine frühere Wohnung lag, wahlberechtigt. Es scheue also Niemand den Weg dorthin, wenn es ihm irgend möglich ist. Des Vaterlandes Wohl ist wohl eine Reise, resp. einen Gang wert!

2. Man gehe möglichst früh zur Wahl, etwa zwischen 10 und 12 Uhr, namentlich in den Städten. Das erleichtert die Sache sehr!

3. Man lasse sich durch Niemanden einschüchtern, der einem fremde Wahlzettel aufdrängen will. Das Beste ist, man nimmt den Zettel ruhig an, der einem angeboten wird, besonders wenn man Furcht haben muss, daß die Weigerung einem Schaden bringen kann, halte aber seinen eigenen in der anderen Hand bereit, um ihn dann zusammengelegt abzuliefern. Die Abstimmung bleibt geheim. Niemand, der von den konservativen Herren abhängig ist, braucht in Sorge darüber zu sein, daß man ihm später etwas anhaben könnte.

Und nun noch eine dringende Bitte, die Jeglicher im Interesse der liberalen Sache erfüllen möge:

1. Jede Wahlbeeinflussung festzustellen und an die geeigneten Vertrauensmänner — oder, wenn er solche nicht kennt, an die Redaktion der „Posener Zeitung“ zu melden.

2. Die Wahl-Aufrufe und Versprechungen (Reden z. c.) der Konservativen aufzuheben und an liberale Reichstagsabgeordnete oder, wenn er keine solche Adresse weiß, ebenfalls an uns zu senden.

Es ist dringend geboten, einen Gesamtüberblick über die Thätigkeit der Herren zu erlangen.

1. [Die dritte ordentliche Provinzialsynode der Provinz Posen] wird, wie schon mitgeteilt, am 29. d. M. 10 Uhr Vormittags eröffnet werden. Derselben sind folgende Vorlagen zugegangen:

I. Proponendum des evangelischen Oberkirchenrats betreffend die Aufhebung der Stolgebühren. In demselben werden an die Provinzialsynode folgende Fragen gerichtet: 1) In welchem Umfang ist für die Provinz Posen die Aufhebung der Stolgebühren herzustellen? 2) Welcher Ersatz ist dafür den Berechtigten zu gewähren? 3) Durch wen wird dieser Erlass geleistet? 4) In welchem

Betrage ist neben den hierfür aus der Provinz aufzubringenden Mitteln eine Unterstüzung aus Zentralfonds erforderlich? 5) Welche sonstigen gesetzlichen Maßnahmen erscheinen für den Fall, daß auf dem zu 1) bis 4) bezeichneten Wege für die Provinz zur Zeit eine Befriedigung der bestehenden Bedürfnisse nicht möglich ist, behufs einstweiliger Regelung der Sache geboten?

II. Proponendum des evangelischen Oberkirchenrats, betreffend die Remunerierung der Superintendenten. Der Provinzialsynode werden folgende Fragen zur Grörterung und gutachtlichen Neuerung vorgelegt: 1) Gibt es in der Provinz Posen Superintendenturen, welche bei der vorliegenden Grörterung nicht in Betracht kommen, weil mit denselben ein ausreichendes Ephorat verbunden ist? 2) Welche Bureauosten-Bergütung wird bei den übrigen Superintendenturen nach Maßgabe des Umfangs der Ephoratverwaltung in jedem einzelnen Falle für erforderlich erachtet? 3) Bei welchen Superintendenturen ist außer dieser Bergütung noch eine Remuneration erforderlich, und wie hoch ist dieselbe in jedem einzelnen Falle zu bemessen? 4) Welche Bezüge der Superintendenturen an sich und unsichtbare Ephoraleinnahmen sind, abgesondert vom Fall 1 beizuhalten, und bei Feststellung des zu 2 und 3 anerkannten Bedarfs in Anrechnung zu bringen? 5) Welche von diesen Bezügen sind zu beseitigen und wie ist Ersatz dafür zu beschaffen? 6) Bis zu welchem Betrage ist zu diesem Zwecke und zur Befriedigung des vorliegenden Bedürfnisses überhaupt eine kirchliche Umlage in Aussicht zu nehmen? 7) Sind andere kirchliche Bedürfnisse in der Provinz vorhanden, welche die Verwendung dieser Umlage für den hier in Rede stehenden Zweck unthunlich machen? 8) Welche Einrichtungen bestehen in der Provinz Posen bezüglich der Entschädigung der Superintendenten für auswärts zu verrichtige Geschäfte, und welche Regulirung wird event. in dieser Hinsicht für erforderlich erachtet? — Zu diesem Proponendum ist von dem königlichen Konsistorium der Provinz Posen das erforderliche statistische Material beigegeben.

III. Proponendum des evangelischen Oberkirchenrats, betreffend die Wiederbelebung der General-Kirchen- und Schul-Visitationen. Die an die Provinzialsynode gerichteten Fragen lauten: 1) Wird die Wiederbelebung außerordentlicher General-Kirchen- und Schul-Visitationen auch in der Provinz Posen als ein segensreiches Mittel zur Erweckung kirchlichen und christlichen Lebens empfohlen? 2) In welcher Weise können event. die Geldmittel aufgebracht werden, um jenes Institut zu einem allgemeinen und regelmässigen zu machen?

IV. Proponendum des königl. Konsistoriums der Provinz Posen, betreffend die Revision der landeskirchlichen Angelegenheiten. Die Provinzialsynode wird aufgefordert, sich darüber zu äußern, ob in unserer Provinz sich noch liturgische Bedürfnisse herausgestellt haben, welche bei der von dem evangelischen Oberkirchenrat entworfenen und der Provinzialsynode zur Kenntnahme mitgetheilten Revision der Agenda keine Berücksichtigung finden werden?

V. Proponendum des königlichen Konsistoriums, betreffend die Pfarrlandstiftung für die evangelischen Pfarrreien der Provinz Posen. Die Provinzialsynode wird ersucht, sich darüber schlüssig zu machen, durch welche Mittel eine Verstärkung des Fonds der Pfarrlandstiftung für die evangelischen Pfarrreien der Provinz Posen zu erwirken sein dürfe.

VI. Proponendum des königlichen Konsistoriums der Provinz Posen, betr. die Anlegung und Fortführung von Lagerbüchern der Kirchen und kirchlichen Institute der Provinz Posen, beigegeben ist der Entwurf einer diesbezüglichen Angelegenheit betreffenden Instruktion, und eines dazu gehörigen Schemas. An die Provinzial-Synode wird der Antrag gerichtet, sie möge sich mit dem Entwurfe der Instruktion und deren Anlage einverstanden erklären.

VII. Proponendum des königlichen Konsistoriums, betr. die Vertheilung der zweiten Hälfte der gewählten Mitglieder der Kreissynoden auf die an Seelenzahl stärkeren Gemeinden der Kreise. Der Antrag lautet: Die Provinzial-Synode wolle beschließen, daß zu der zweiten Hälfte der gewählten Mitglieder der Kreissynode: 1) in der Diözese Schildberg die Gemeinde Ostrowo 3, 2) in der Diözese Bromberg die Gemeinde Bromberg 6 Deputierte zu entsenden berechtigt sei.

△ Der Erste Präsident des Oberlandesgerichts v. Annenwitz ist in dienstlicher Veranlassung nach Samter gereist.

± Personal-Veränderungen im V. Armee-Korps. von Schmid, Oberst und Kommandeur des Westfäl. Füsilier-Regiments Nr. 37, unter Beförderung zum General-Major, zum Kommandeur der 37. Infanterie-Brigade ernannt. Majuich, Oberst vom 3. Großherzoglich Hessischen Infanterie-Regiment (Leib-Regiment) Nr. 117, zum Kommandeur des Westfäl. Füsilier-Regts. Nr. 37 ernannt. v. Heuthausen, v. Seebach, Portepfeßbñr. vom Niederschles. Fuß-Artill.-Regt. Nr. 5, Hoffmann, Lettre, Portepfeßbñr. vom Pos. Feld-Artill.-Regt. Nr. 20, zu außerordentlichen Sekonde-Lieutenants befördert. Gammardt, Hauptmann und Artillerie-Offizier vom Platz in Glogau, als Kompanie-Chef in das Schles. Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 6 versetzt. Voigt, Hauptmann und Kompanie-Chef vom Niederschles. Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 5, zum Artillerie-Offizier vom Platz in Glogau ernannt. Pohl, Hauptmann u. Artill.-Offizier vom Platz in Neu-Breisach, zum Komp.-Chef im N.-S. Fuß-Art.-Regt. Nr. 5, Welter, Hauptm. u. Komp.-Chef im Schles. Fuß-Artill.-Regt. Nr. 6, unter Versezung in das N.-S. Fuß-Artill.-Regt. Nr. 5, zum Artill.-Offiz. vom Platz in Neu-Breisach ernannt. Korn, Hauptm. und Komp.-Chef im N.-S. Pion.-Btl. Nr. 5, von dieser Stellung entbunden, Neumann I., Hauptmann von der II. Ingenieur-Inspektion, zum Komp.-Chef im genannten Btl. ernannt. Telschow, Bizefeldwebel vom 1. Bataillon Potsdam 3. Brandw.-Regmts. Nr. 20, zum Sekonde-Lieut. der Ref. des 3. Niederschl. Inf.-Regts. Nr. 50, Quiehl, Bizefeld. vom 2. Btl. Kassel 3. Hess. Landw.-Regts. Nr. 83, zum Sek.-Lieut. der Ref. des 3. N.-S. Inf.-Regts. Nr. 50 befördert.

d. Probst Weichsel in Dietrichswalde war wegen verschiedener Vergehen gegen die Maigesetze zu Geldstrafen in Gesamthöhe von 267 M. rechtstrostig verurtheilt worden. Da er gutwillig nicht zahlte, so erschien bei ihm am 17. d. M. der Gerichtsvollzieher, legte auf Geld in Höhe jenes Betrages Beschlag und stellte eine Quittung hierüber aus. In dem von dem Gerichtsvollzieher aufgenommenen Protokoll erklärte Probst Weichsel, „er protestire gegen die exekutive Beitreibung, denn er erkenne die Maigesetze nicht an.“ Unserer Ansicht nach ein sehr uninteressanter und für Ledermann gleichgültiger Protest. Wie der hiesige „Generalagent für Dietrichswalde“ mittelt, ist Probst Weichsel aufs Neue wegen Übertretung der Kirchengebote denunziert worden, so daß ihm ein neuer Prozeß bevorsteht.

— Stadttheater. Mittwoch, den 26. Oktober: Der Waffenschmid. Donnerstag, den 27. Oktober: Hopfenrath's Erben. Freitag, den 28. Oktober: Don Juan. Sonnabend, den 29. Oktober: (Ermäßigte Preise.) Die Räuber.

r. Im Handwerkerverein hielt am 24. d. Mts. Mechanikus Förster einen Vortrag über strahlende Materie. Der Vortragende ging von der Erfindung der Luftpumpe durch Otto von Guericke (1650) aus und wies darauf hin, wie es Geißler in Bonn mittelst Anwendung der sogenannten Quecksilber-Luftpumpe gelungen sei, fast absolut luftleere Räume herzustellen. In diesen fast absolut luftleeren Räumen treten nun dieselben Erscheinungen auf, welche von dem Physiker Crookes die der strahlenden Materie genannt werden. Der Vortragende führte im dunkeln Raum recht wohl gelungene Experimente mit Crookes'chen Röhren vor, zeigte, wie phosphoreszierender Kalk, welcher sich in einer solchen Röhre befindet, noch lange nachher, nachdem der elektrische Strom durchgeleitet ist, leuchtet; wie durch einen Magneten die strahlende Materie von ihrem Wege abgelenkt wird, wie ferner in dem gleichfalls von Crookes erfundenen Radiometer, dessen Aluminiumrädchen im fast absolut luftleeren Raum sich bekanntlich

unter dem Einflusse der Lichtstrahlen bewegen, diese Bewegung auch beim Durchführen des elektrischen Stromes eintritt, und zwar verschiedenartig, je nachdem der negative Pol sich an der einen oder an der anderen Seite der Rädchen befindet. Wenn auch Crookes viele Gegner hat und eine beriedigende Erklärung aller dieser Erscheinungen noch nicht gegeben ist, so geht aus denselben doch Folgendes hervor: 1. die strahlende Materie übt eine kräftig phosphorescirende Wirkung; 2. sie bewegt sich in grader Linie; 3. sie wirkt, wo sie auf einen festen Körper stößt, Schatten; 4. sie übt eine mechanische Wirkung; 5. sie wird durch einen Magneten von dem geraden Wege abgelenkt; 6. sie erzeugt bedeutende Wärme, die sich bis zur Weißglut und bis zum Schmelzen des Dr. diems steigern kann.

○ Die Fortbildungsschule des Handwerker-Vereins soll, wie wir hören, am 1. November eröffnet werden. Der Unterricht wird wöchentlich zweimal, nämlich Dienstag und Donnerstag Abends von 8 bis 10 Uhr stattfinden und zwar Dienstags im Deutschen und im Zeichnen, Donnerstags in der Geometrie und im Rechnen. Es sind bisher 60 Schüler angemeldet, welche in zwei Klassen unterrichtet werden. Da der Unterricht für die Lehrlinge von Vereinsmitgliedern unentgeltlich ertheilt wird, so kann denjenigen Handwerkern, welche ihre Lehrlinge an der Schule zu beteiligen wünschen, nur empfohlen werden, dem Verein, welcher sich hauptsächlich die Förderung des Handwerkerstandes zur Aufgabe gestellt hat, als Mitglieder beizutreten. Zur Ertheilung des Unterrichts haben sich die Herren Lehrer Gräter, Meyer, Sommer, Kriewald und Gnoth und Herr Sekretär Schaller erboten.

×× Kosten, 24. Oktober. [Arbeiter-Anwerbung. Reichstagwahl. Berichtigung. Rokrankheit. Wegeverreise.] In den verflossenen Tagen resp. Wochen bietet sich im Kreis Kosten ein Agent aus dem Bochumer Kreise (Westfalen) auf, welcher sich bemühte, für die in der dortigen Gegend befindlichen Gruben Arbeiter anzuwerben. Denselben wurde von vorn herein eine freie Überfahrt nach den Gruben, ferner ein Tagelohn von 2,5—3,0 M. verprochen. Da dieser allerdings für die hiesigen Verhältnisse sehr hohe Lohn die Arbeiter, welche für den Winter diesseits sowieso nur sehr wenig, zum Theil gar keine Arbeiten finden, reizte, läßt sich denken und ist es in Folge dessen dem betreffenden Agenten gelungen, mit ca. 400 Arbeitern aus dem hiesigen Kreise nach den Gruben bei Bochum, (wahrscheinlich Kohlenschaufel) abzureisen. — Nach einer Mitteilung des hiesigen Landrats-Antes findet am Donnerstag in Folge der Reichstagswahlen keine Sitzung beim Schwurgericht in Lissa statt, so daß diejenigen Herren Geschworene, welche zu Wahlvorsteher ernannt sind, ihre Funktion als solche ganz gut ausüben und erforderlichfalls ihre Beurlaubung am genannten Tage beantragen können. — In Berichtung der in No. 745 gemachten Mitteilung sei hier erwähnt, daß am vergangenen Sonntag nicht das Stiftungsfest des hiesigen Landwehr-Vereins gefeiert wurde, sondern daß nur eine General-Veranstaltung stattfand. — Unter den Pferden des Wirths Anton Rose zu Deutsch-Presse ist die Rokrankheit ausgebrochen, während selbig unter den Pferden des Wirths Hoffmann II. zu Deutsch-Presse erloschen ist. — In Folge Neubaues der unmittelbar am Dorfe Bucz belegenen Brücke Nr. 135 ist der Kommunikationsweg von Bucz nach Biscupice auf ca. 8 Tage gesperrt.

† Strzelkowo, 24. Oktober. [Schulangelegenheiten. Personalien. Spiritus aus Russisch-Polen. Vitiation.] Entsprungene Diebe.] Dem Schulamtskandidaten Schulz aus Wittkowo, welcher bisher die durch den Tod des Lehrers und Kantors Wirth daselbst vakante Lehrer- und Kantorstelle stellvertretungsweise veraltet hat, ist von der Regierung die evang. Lehrerstelle zu Botorow und die vakante Lehrerstelle an der katholischen Schule zu Babin (Dorf) dem Lehrer Objecti aus Drobnia übertragen worden. — Der Steuerausführer Schubert aus Wittkowo ist als Ausführer nach Wierzchoslawic in die dortige Zuckerfabrik versetzt und die dadurch vakante Stelle dem Grenzausführer Cziminsti aus Wiesenow unter Förderung zum Steuerausführer übertragen worden. — In der vergangenen Woche ist der erste Transport von Spiritus aus Russisch-Polen in dieser Brennperiode angekommen, und seitdem langen fast täglich neue Transporte hier selbst an. Der Spiritus wird, sobald er von den Beamten des hiesigen Neben-Zollamtes untersucht ist, amtlich verschlossen und dann weiter per Achse zur Bahn nach Gnesen oder Wreschen geschafft, und gelangt dann über Hamburg ins Ausland. — In der Zeit vom 16. bis 20. d. Mts. hielt in der evang. Parochie Wittkowo der Superintendent und Kreis-Schulinspektor Jänicke aus Gniezen die Kirchen- und Schulvisitation ab. Die Prüfungen erstreckten sich am 17. d. Mts. über die evangelischen Schulen in Brzynowic und Wilatowic, am 18. d. Mts. über Babin-Hauland und Strzelkowo-Hauland, am 19. über Wittkowo und Ruchowic und am 20. über Neudorf. — Dieser Tage wurden bei Ochowa zwei polnische Überläufer ergriffen, welche dem Gastrwirth Jotz zu Sylowic die Tageseinnahme im Betrage von ungefähr 20 Mark gestohlen hatten. Bei ihrem Transporte zum zuständigen Distriktskommissarius gelang es den Gefangenen, ihren Transporten zu entspringen und das Weite zu suchen. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, die Diebe wieder zu ergreifen.

△ Schneidemühl, 23. Oktober. [Einmeibung. Bezirkslehrerkonferenz. Prämiens.] Am 17. Oktober fand in dem benachbarten Städtchen Usch die Einweihung des neuen katholischen Schulhauses statt. Das neue Gebäude war mit Gurkland reich geschmückt. Um 10 Uhr Vormittags begann die eigentliche Feier. Dem Feitze voran schritt der Geistliche im Ordnat, es folgte die Schuljugend mit dem Schulvorstande und den Lehrern. Ein Kind trug auf einem Kissen den Schlüssel des neuen Schulgebäudes. Bürgermeister Dalski überreichte vor dem neuen Schulhaus den Schlüssel dem Kreisschulinspektor Kupfer. Derselbe schloß mit den Worten auf: „das Gebäude sei Gott zum Preise, der Gemeinde zum Segen und dem Vaterlande zur Ehre.“ Der Geistliche betrat die neuen Räume zuerst und weinte sie, worauf die Feitzen eintraten und die eigentliche Schulfeier begann. Auf den Öffnungsgefang und das Gründungsgebot folgte eine längere Rede des Kreisschulinspektors Kupfer. Ein Gesang schloß diese Feier um 12 Uhr Mittags. Die Schulfinder wurden von mehreren Damen aus Usch mit Kaffee und Kuchen bewirkt. Die Schulvorsteher, Baurepräsentanten, einige Gemeindemitglieder, die Geistlichen, Bürgermeister und Kreisschulinspektor, die Lehrer z. vereinte ein gemeinsames Mittagessen. — Am 20. Oktober fand in Usch die Bezirkslehrerkonferenz des Inspektionsbezirks Schneidemühl unter dem Vorsteher des Kreisschulinspektors Kupfer statt. Es hatten sich in dem neuen katholischen Schulgebäude 19 katholische Lehrer versammelt, außerdem waren die Kinder der ersten Klasse anwesend. Die Konferenz wurde um 10½ Uhr Vormittags mit Gesang und Gebet eröffnet. Darauf folgte eine Probelection vom Lehrer Blaschke-Nadlowo über die Provinz Schlesien. Dieselbe währt bis 11½ Uhr Vormittags. Als die Kinder entlassen waren, entspann sich eine lebhafte Debatte, an der sich die meisten Lehrer beteiligten. Hierauf referierte Lehrer Guderian, Usch-Reudorf über das Thema: „Welche Forderungen hat die Volksschule, um ihre Ziele zu erreichen, an den häuslichen Fleiß der Schüler zu stellen?“ Das Referat hielt Herr Lehrer Swiderski-Usch. Beide Vorträge ergänzten sich gegenseitig trefflich und zeugten von grossem Fleiß. Nach der Debatte wurden noch einzelne Lehrer veranlaßt, ihre für dieses Thema vorher aufgestellten Thesen zu verlesen. Auch diese Thesen gaben Gelegenheit zu reichem Gedankenaustausch. Der Vorsitzende teilte alsdann mehrere Verfügungen der königlichen Regierung mit, betreffend die Schonung der Dienstwohnungen und Lehrmittel, die Pflege und Erhaltung der Ostbaumschulen, die taubstummen Kinder z. Um 3 Uhr wurde die Konferenz mit Gesang geschlossen. Ein gemeinsames Mittagsmahl vereinte die Lehrer noch einige Zeit. — Wegen der Verdienste, welche sich Bürgermeister Dembeck in Kolmar i. P. die Ortschulzen Henn zu Strelitzhauß, baust zu Grabowke, die Gendarmen Eick und Volkmer um den Wegebau erworben haben, ist denselben eine Prämie aus dem Kreiswegebaufonds bewilligt worden.

Schneidemühl., 24. Oktober. [Ausgesetzte Belohnung.] Das hiesige königliche Eisenbahn-Betriebsamt sichert demjenigen, welcher den Thäter, der in der Nacht vom 21. zum 22. d. M. auf der Strecke Zatzewo-Linde vor dem Personenzug Nr. 20 eine eiserne Schwelle auf das Gleis gelegt und dadurch diesen Zug in großer Gefahr gebracht hat, so nachweist, daß derselbe gerichtlich bestraft werden kann, eine Belohnung von 300 M. zu.

Wahlbewegung in der Provinz.

Wir erhalten aus Schwerin unterm 23. Oktober folgende Zuschrift:

In Folge der von dem Wahlkomite der gemäßigt liberalen und konservativen Partei von Posen erlassenen öffentlichen Einladung zu einer Wähler-Versammlung auf heute Nachmittag 16 Uhr im Görlischen Saale, in welcher der deutsche Abgeordnete-Kandidat Herr von Wilamowitz-Möllendorf seine Wahlrechte halten sollte, fand sich auch eine Anzahl gemäßigter Liberaler ein. Nachdem der Ordner, Herr Kaufmann Kirsten, in seiner Gründungs-Ansprache seiner Freude darüber Ausdruck gegeben hatte, eine so zahlreiche Versammlung begrüßen zu können, forderte er alle Diejenigen, welche sich zur Fortschritts- oder Sezessions-Partei befehlten, auf, den Saal zu räumen, worauf ein großer Theil der Anwesenden sofort den Saal verließ. Diese Verfahrensweise gegenüber der von Seiten der liberalen Partei gleichfalls heute Nachmittag 1 Uhr in demselben Görlischen Saale stattgehabten deutschen Wähler-Versammlung, in welcher deren Kandidat, Herr Bürgermeister Herle, mit viel Beifall sprach und in welcher jeder Wähler ohne Unterschied seiner politischen Farbe freien Zutritt hatte, kennzeichnet und verurtheilt sich wohl von selbst. Wir halten es aber für unsere Pflicht, En. Wohlgeboren mit dem ergebenen Antheimstellen hiervon in Kenntnis zu setzen, von dem Geschehenen in ihrer geschätzten Zeitung den beliebigen Gebrauch machen zu wollen. Im Namen der aus der Versammlung ausgewiesenen deutschen Wähler hochachtungsvoll (folgen die Unterschriften einer Zahl angesehener Bürger).

Ottens., 24. Oktober. Gestern hatten die deutschen Wähler des Adelnau-Schildberger Wahlkreises aus der Stadt sich zu einer Versprechung über die Reichstagswahl im Kuhn'schen Saale ziemlich zahlreich versammelt. Als Kandidat wurde Herr Ober-Präsident v. Günther aufgestellt.

Schneidemühl., 24. Oktober. Zu der bevorstehenden Reichstagswahl werden in unserem Wahlkreise Czarnikau-Kolmar i. P. nur zwei Kandidaten auftreten, ein deutscher, nämlich der Landrat und Rittergutsbesitzer v. Kolmar-Mehnenburg in Kolmar i. P., und ein polnischer Kandidat, der Propst Gajowiecki in Kolmar i. P. Obwohl die Polen die Minderheit bilden, so dürfte ihre Zahl doch nicht zu unterschätzen sein, da dieselben gewiß Mann für Mann an der Wahlurne erscheinen und auch die deutschen Katholiken in ihr Lager zu ziehen versuchen werden. Der deutsche Kandidat dagegen hat wiederum, obwohl derselbe der konservativen Partei angehört, die Stimme der Liberalen für sich, welche, da ein Kandidat ihrer Parteistellung nicht auftritt, die Parteirichtung außer Acht lassend, für ihn, den deutschen Kandidaten eintreten werden.

Gniezen., 24. Oktober. Je näher der Tag für die Wahl zum Reichstage rückt, desto mehr nimmt die Agitation zu. Die Zettelauflösung bildet noch einmal einen Hauptangriff auf die Wähler. Bei den deutschen Wählern sind fast durchgängig zwei Zettel eingepaßt, einer auf den Namen des hiesigen Landrats Herrn Nollau, der andere auf den des Rechtsanwalts Albert Träger in Nordhausen lautend. Es muß zum Lobe aller Deutschen unserer Stadt und Umgegend konstatirt werden, daß sie der bevorstehenden Wahl ein großes Interesse widmen und es erhält die Annahme Berechtigung, daß die Beteiligung am Wahlkampf eine regere wie bisher sein werde. Leider ist das deutsche Element in dem Wahlkreis Gniezen-Wongrowitz derart in der Minderheit, daß an einem Sieg im Wahlkampf nicht zu denken ist. Nichts desto weniger ist es als ein erfreuliches Zeichen anzusehen, daß die Gleichgültigkeit, mit welcher früher den Wählern entgegengangen wurde und die sich aus dem ungleichen Verhältnis zwischen Polen und Deutschen dieses Wahlkreises ergab, ein ernstliches Streben nach Gegendruck Platz gemacht hat. Es ist nur zu wünschen, daß dieses Streben immer mehr erstarkt und durch die einstweiligen Misserfolge nicht erschüttert wird.

Birnbaum., 24. Oktober. Zu der auf Sonnabend den 22. d. M. festgesetzten liberalen Wahlversammlung in Zadow'schen Hotel hatten sich nur sehr wenige Wähler eingefunden. Nachdem Herr Rechtsanwalt Batich als Vorsitzender erwählt worden, machte er der Versammlung zunächst die Mitteilung, daß die beiden vom Kreis Samter und Doborn vorgeschlagenen liberalen Kandidaten freiwillig zurückgetreten und ihnen jetzt vom Zentralkomitee zu Berlin der Redakteur Dr. Friedrich Weber aus Berlin als Kandidat in Vorschlag gebracht worden sei, der sich zur nationalliberalen Partei bekenne. Derselbe habe bereits in Brone seine Kandidatenrede gehalten und sich in seinen Hauptpunkten gegen das Tabakmonopol und gegen die zweijährige Budgetperiode ausgesprochen. Den alten Zöllen wolle er für eine längere Zeit Ruhe gewähren, für neue werde er dagegen nicht stimmen. Obgleich das Programm der liberalen Partei nicht ganz genehm sein könnte, so ersuche er dennoch für Dr. Weber zu stimmen, damit nicht etwa ein Pole durchläme. Es sei auch noch zu erwähnen, daß selbst die Konservativen, wenn der Kandidat gar nicht entspreche, für diesen stimmen würden und deshalb müssten sie (die Liberalen) auch ein kleines

Opfer bringen, um gemeinsam mit den Konservativen einen deutschen Kandidaten durchzubringen. Der Kandidat wurde darauf im Prinzip angenommen.

Landwirthschaftliches.

Strzalkowo., 24. Oktober. [Zur Ernte. Saatenstand.] Die Kartoffelernte am hiesigen Orte und in der Umgegend kann allgemein als beendigt betrachtet werden, nur auf den größeren Gütern wird die Ernte wohl noch bis zu Ende des Monats währen. Das Ergebnis ist fast durchweg ein recht befriedigendes. Die Preise der Kartoffeln stellen sich gegenwärtig in hiesiger Gegend pro Zentner auf 1,25 bis 1,40 M. Kartoffelaufkäufer, welche auch die hiesige Gegend bereisen, bewilligen ab Bahnhof Wreschen pro Zentner durchschnittlich 1,50 Mark. — Die Rüben- und Krauternte ist eine gute zu nennen und übertrifft die des vergangenen Jahres um ein Bedeutendes. — Die Saatbestellung in hiesiger Gegend ist gegenwärtig als vollständig beendigt zu betrachten. Was den Stand der Winterarten anbetrifft, so ist derselbe als befriedigend anzusehen. Ganz besonders gut steht der Raps und Raps.

Druckfehlerichtigung. In Nr. 745 der „Posener Zeitung“ wurde das Protokoll der zweiten Generalversammlung des thierärztlichen Provinzial-Vereins für Posen veröffentlicht. Zeile 17 von unten findet sich in dieser Veröffentlichung ein sinnentstellender Druckfehler: Statt „im gedachten Zustande“, wie dort gedruckt, ist zu lesen: „im gekochten Zustande.“

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mitteilungen und Anzeigen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Stettiner Waarenbericht.

Stettin., 22. Oktober. Das Waarengeschäft verlief in der verflossenen Woche in rubiger Tendenz, es wurde meist nur für den Konsum gekauft und haben nur wenig Preisveränderungen stattgefunden, der Abzug war ein regelmäßiger.

Gettmannaren. Baumöl unwandert, vom Transito-Lager gingen 274 Ztr. ab, Gallipoli 43 Mark tr. zu notiren, Malaga 41,50 Mark tr. bez., 42 M. gef., Italienisches 41—42 M. tr. gef., Zante und Korfu 39,50 M. tr. bez., Speiseöl 61—65 M. trans. nach Qualität gef., Baumwollensamenöl 31,75 Mark verft. gef., Palmöl fest, Zufuhr 3061 Ztr., Lager 35,50 M. old Calabar 34,50 M. verft. gef., Palmfernöl 30 Mark verft. gef., Cocosnussöl unwandert, Cochin in Osthafen 35,50 M. in Pipen 34,50 Mark versteuert gef., Ceylon in Osthafen 33 M. in Pipen 32 M. versteuert gef., Talg behauptet, Russisch gelb Lichten 44,50—45 M. verft. bez., Seiten 45 M. gef., australischer Rinder 42 Mark verft. gef., Stein, Petersburger Newsly 35,50 M. verft. gef., italienisches 29,50—31 M. gef., Amerikanisches Schweinschmalz erfuhr in New York einen weiteren Rückgang von 1 c, hier war der Markt in den Ankäufen für den Konsum recht belebt, bei Schluss gaben die Preise etwas nach, Zufuhr 11,384 Ztr., vom Transito-Lager gingen 1653 Ztr. ab, Wilcox 62—62,50—62 M. tr. bez., Fairbank 62,25—61,50 M. tr. bez., amerikanischer Speck stille, long backs 59 M. short clear 56 M. verzollt mit Attest gef., Thran etwas matter, Berger Leberbrauner 58 M., blauer Medizinal- 81 M. per Tonnen versteuert gef., heller Copenhagen Robben 35 M. per Zentner versteuert gef., Schottischer 32—33 M. per To. gefordert.

Leder. Etwa 1 M. etwas matter, Englisch 31 M. gef., Preußisches 31,25 M. per Kasse ohne Abzug bez.

Petroleum. In Amerika haben sich die Preise behauptet, und fanden auch an den diesseitigen Märkten in den letzten 8 Tagen nur geringe Veränderungen statt. Am hiesigen Platze war das Geschäft in den Plazumgängen ruhiger, der Abzug blieb indeß befriedigend, bei Schluss waren die Preise eine Kleinigkeit matter. Loko 8,20—8,10 M. tr. bez., per November 7,90 M. trans. bez.

Der Lagerbestand war am 14. Oktober d. J. 57,467 Brls.

Angekommen sind von Amerika und Bremen 22,901 =

80,368 Brls.

Verstand vom 13. bis 20. Oktober d. J. 7,595 =

Lager am 20. Oktober d. J. 72,773 Brls.

gegen gleichzeitig in 1880 39,352 Brls., in 1879 69,491 Brls. in 1878 48,052 Brls. in 1877 36,058 Brls., in 1876 45,962 Brls., in 1875 74,309 Brls., in 1874 62,650 Brls. und in 1873 63,634 Brls.

Der Abzug vom 1. Januar bis 20. Oktober d. J. betrug 192,215 Brls. gegen 177,726 Brls. in 1880 und 167,135 Brls. in 1879 gleichen Zeitraums.

Erwartet werden von Amerika 21 Ladungen mit circa 58,483 Barrels.

Die Lager-Bestände loko und schwimmend waren in:

	1881	1880
	Barrels	Barrels
Stettin am 20. Oktober	131,256	97,290
Danzig = 20. =	76,518	49,181
Bremen = 15. =	544,760	915,568
Hamburg = 15. =	225,454	113,983
Antwerpen = 15. =	443,792	257,131
Rotterdam = 15. =	71,804	80,599
Amsterdam = 15. =	106,310	81,179
Zusammen	1,599,894	1,594,937

qm der Grundsteuer unterliegt und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungsvertheile von 811 M. veranlagt ist, soll beabsichtigt werden, im Wege der nothwendigen Subbaftation

Garz fest und knapp, Amerikanisches braun bis good strained bis 6,50 M. gefordert, helles 7—8 M. gefordert.

Färbeholz behauptet, Blau-Campeche 9,75—12 M. Qualität gef., Domingo 6,50—7 M. zu notiren, Gelbhölzer 8 M. gefordert.

Rais. Die Zufuhr betrug 2840 Zentner. Das Geschäft blieb in rubiger Stimmung und kommen nur Umsätze für den Consumenten bestehenden Preisen vor. Wir notiren: Kadang und ff. Java Tafel 28—30 M. ff. Japan und Patna 19—21 M. Rangoon und Madras Tafel 16—17 M. Rangoon und Arracan, gut 14—15,50 M. ordinär 11—13 M. Bruchreis 10—10,50 M. trans. gefordert.

Afrika. Pottasche, 1a Casan knapp und preishaltend 24 M. bezahlt. Deutsche matter, 20—26 M. nach Qualität und Stärke gef., englische Soda behauptet, Zufuhr 10,143 Zentner, einzige Tenantsche 6,50 M. trans. geford., Newcastle 5,50—9 M. trans. nach Qualität und Stärke geford., englische crystallisierte 3,60 M. Brutto-Zentner gef.

Caffee. Die Zufuhr betrug 4423 Zentner, vom Transito haben wir einen Wochenabzug von 1360 Zentner. Der Artikel hat auch heute wenig von Interesse. Die am 19. Oktober in Rotterdam gefundene Auction der Matthichappon über 103,981 M. Java etc. ist wiederum etwas unter, etwas über Taxe, je nach den gangbaren Qualitäten. Letztere sind nur sehr schwach vertreten, das ganze Auction quantum bietet so gut wie gar nichts Schönes, und sind durchdringlich immer noch hohe Preise bezahlt worden. Einen besonderen Einfluß wird der Ablauf auf die europäischen Importplätze nicht ausüben. Das Geschäft bewegt sich auf ehemäßigen Wege weiter ohne Schwierigkeiten auch an unserem Platze und haben sich Preise nicht verändert. Notirungen: Ceylon, Plantagen 90—110 Pf., Java braun bis 115—120 Pf., gelb bis kein gelb 100—105 Pf., blau bis kein blau 80—95 Pf., grün bis kein grün 75—85 Pf., kein Campeche 63—65 Pf., Rio, kein 56 bis 59 Pf., gut reell 53—55 Pf., ordinär Santos 45—52 Pf. trans.

Südfrüchte. Rosinen unverändert, Cisme und Bourla 27 M. trans. bez., 27,50 M. gef., Korinthen stille, Zufuhr 1076 Zentner neue Cephalonie 23 M. trans. gef., alte 22—23 M. trans. gef., Videlin wenig verändert, süße Palma, Girgenti und Bari 93 M. versteuert, süße Avola 106 M. gef., bittere Sicil. 94 M., Bari 93 M. versteuert, ges. 27,50 M. trans.

Gewürze. Pfeffer unverändert, Singapore 84,50 M. geford., Piment stille, 74—77 M. verft. geford., Cassia lignea 72 M. gef., Lorbeerblätter, stielfrei 19 M. verft. gef., Cassia flores 90 Pf. M. Blüthen 2,60 M., Macis-Nüsse 3—3,50 M., Caneph 2,20—3,30 M., Cardamom 9,75—10,25 M., weißer Pfeffer 1,10 M., Nelken 1,50 M. gef. Alles versteuert.

Zucker. Rohzucker etwas fester, gehandelt wurden 16,000 Ztr. I. Produkte zu 31,30—31,80 M. per Zentner, raffinierte Zuckern sind gut ab und bleiben gefragt, die Preise haben sich um 50 Pf. erhöht.

Syrup stationär, Kopenhagen 19,50 M., Englischer 17—15 M. trans. nach Qualität gef., Candis 12—13 M. gef., Stärke-Syrup 15 M. gef.

Hering. Von Schottland hatten wir seit unserem letzten Bericht einen größeren Import, es betrug derselbe 26,879 To. Ottostadt und beläuft sich mithin die Gesamt-Zufuhr davon in dieser Saison bis heute auf 184,418 To., gegen 236,513 To. in 1880, 166,624 To. in 1879, 169,003 To. in 1878, 170,226 To. in 1877, 119,853 To. in 1876, 175,230 To. in 1875, 201,963 To. in 1874, 179,893 To. in 1873, 122,987 To. in 1872 und 139,098 To. in 1871 bis zu gleichem Datum. Das Geschäft in Schottland war in der verflossenen Saison recht rege, es wurde für den Konsum gut gekauft, der Abzug ist lediglich und haben sich die Preise meist behauptet. Crown und Guinebrand 39—39,50—40 M. trans. bez., ungestempelter Bollhering bis 39 M. tr. bez., small Bull 33—34 M. trans. bez., Ohlen Crownbrand 31 M. tr. bez., Matties Crownbrand 32 bis 33 M. ungestempelter 30—32 M. trans. bez., nach Qualität bei 30 M. Norwegen hatten wir eine Zufuhr von 1506 To. Fettering, zum Theil binnennärrtig weiter gingen. In Folge des kleinen Imports ist der Bedarf auf die Lagerbestände angewiesen, es sind diese ebenfalls sehr klein geworden und in erster Hand fast geräumt. Bezahlt wurden für Kaufmanns 31—34 M., grokmittel 34—37 M., reell mittel 38 bis 30,50 M., mittel 18—25 M. und Christiania 12 bis 15 M. trans. nach Qualität und Packung. Küstenhering, neuer Bornholm 30 M. trans. gef. und ist davon noch 1 Ladung eingetroffen, neuer Bornholmer 2 Adler 21 M., 1 Adler 15 M. gef. Mit den Eisenbahnen wurden vom 12. bis 19. Oktober 5682 Tonnen verhandelt, mithin Total-Zahnabzug vom 1. Januar bis 19. Oktober 182,206 To., 161,712 To. in 1880, 152,738 To. in 1879, 186,531 To. in 1878, 166,825 To. in 1877, 206,091 To. in 1876, 193,460 To. in 1875, 211,853 To. in 1874 und 228,503 To. in 1873 in fast gleichem Raum.

Sardellen stille, 1881er 114 M., 1876er und 1875er 175 M. per Anker gefordert.

Steinkohlen. Schiffsräume bleiben in England knapp. Zufuhren waren größer, Preise bleiben indeß fest. Große Westfälische 50—52 M., große Schotten, 45 bis 48 M., Russ- und Schmiedefelder 42—47 M., Newcastle Small 34 bis 37 M. gef. Englischer Schotte 40 M. gefordert. Schlesische und böhmische Kohlen haupteten sich fest.

Das zu versteigernde Grundstück ist zur Grundsteuer bei einem der oben unterliegenden Gesamt-Gesetzmaß von 8 a 80 qm mit einem Neinertrag von 1,05 M. und einer Gebäudesteuer mit einem jährlichen Nutzungsvertheile von 64 Mark anlagt.

Auszug aus der Steuerrolle Abschrift des Grundbuchblattes, in gleichen etwaige Abschätzungen, andere das Grundstück betreffende Nachweisungen und besondere Kaufbedingungen sind in untenstehender Gerichtsschreiberei Abtheilung einzusehen.

Alle diesen, welche thum oder anderweitige, zur Samkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürfen, nicht eingetragene Realrechte tend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung des Ausschlusses spätestens bis zum Erlaß des Zuschlagsurtheils anzugeben.

Königlich. Amtsgericht. Das der Wittwe Rosalie Waniora geb. Kulawka und

Öffentliche Anstellung.

Der Hausbesitzer Seelig Gutsmacher zu Posen vertreten durch Rechtsanwalt v. Jazdzewski zu Posen, legt gegen den Schmiede Leopold Wildenbergs, früher im Besitz, jetzt unbekannter Aufenthalts (III. C. 3150/81.), wegen unzulässiger Miethe für die im Hause des Klägers St. Adalbert Nr. 2 gemieteten Räumlichkeiten aus der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1881 im Betrage von 25 Mark nebst Zinsen mit dem Antrage

a) den Beklagten unter Kostenlast zu verurtheilen, an den Kläger 25 Mark, geschrieben Zweihundert fünfundachtzig Mark nebst fünf Prozent Zinsen seit dem 1. Juli 1881 zu bezahlen;

b) das ergebende Urtheil für vorläufig vollstreckbar zu erklären, und ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Königliche Amtsgericht zu Posen, Wilhelmstr. 32, Zimmer 36

den 19. Dezember 1881,
Vormittags 10 Uhr.
Zum Zwecke der öffentlichen Ausstellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Posen, den 13. Oktober 1881.
Aubert,
Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts.

Konkursverfahren.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Konditors Rudolph Engelsbauer zu Posen wird nach erfolgter Abhaltung des Schlussamtes hierdurch aufgehoben.

Posen, den 25. Oktober 1881.
Königl. Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Begläubigt.
Brunk,
Gerichtsschreiber.

Konkursverfahren.

Über das Vermögen des verstorbenen Restaurateurs Joseph resp. dessen Erben zu Radel heute am 24. Oktober 1881,

mittags 9 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann Gustav Müller Radel wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum November 1881 bei dem Gerichte zu Posen, den 23. Novbr. 1881, Vormittags 11 Uhr, dem unterzeichneten Gerichte unterraumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in teilhabig sind, wird aufgegeben, dass sie auf den Gemeinschuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Konkursmasse abgeworbenen Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 20. November 1881 zu machen.

Königliches Amtsgericht zu Nakel.
Durch Beschluss der Generalversammlung, den 27. Oktober Donnerstag, um 10 Uhr, werde ich im Landgerichtszimmer der Gerichts- und Landgerichtsstube hier selbst einen eleganten Trumeau-Spiegel mit Marmorplatte, ein Kirschbaum-Vertikow, eine Ripsgarnitur rc. sowie mehrere Silbersachen meistbietend gegen gleich Zahlung versteigern.

Otto,
Gerichtsvollzieher.

Pferde-Auktion.

Durch Beschluss eines Gutsbesitzers, den ich Freitag, den 28. d. M., um 10 Uhr ab, auf dem Kanonen-

Pferde gegen baare versteigern.

Katz,
Auktions-Kommissarius.

Aufgebot.

Auf dem Grundstück Chlebowo Nr. 8 standen in Abtheilung III. folgende Posten eingetragen:

Nr. 35. 114 Thlr., wörtlich: Einhundertvierzehn Thlr., die auf drei zurückgegebene Wechsel bar gegebene Wechselvaluta zu 5 p.C. seit dem 7. Juli 1867 verzinslich, nebst den Einziehungskosten für den Handelsmann Salomon Wurst zu Miloslaw eingetragen auf Grund der notariellen Schulds- und Verpfändungsurkunde vom 3. Juli 1867 und der gerichtlichen Nachtragsverhandlung vom 19. Oktober 1867 zufolge Verfügung vom 15. November 1867 auf dem Grundstücksanteile der Prageda Maciejewskia am Grundstück ex decreto vom 1. Juni 1837 eingetragen.

Nr. 39. 43 Thlr. 20 Sgr., wörtlich: Dreihundertvierzig Thaler zwanzig Silbergroschen Hauptforderung, Prozeß- und Eintragungskosten nebst 6 p.C. Zinsen von 40 Thlr. seit dem 15. August 1868, sowie den dem Betrage nach noch nicht feststehenden außergerichtlichen Kosten für den Kaufmann Salomon Wurst zu Miloslaw aus dem Mandate vom 22. Januar 1870 und dem der Klage zum Grunde liegenden Wechsel vom 25. März 1868. Eingetragen auf Requisition des Prozeßrichters vom 5. Mai 1870 zufolge Verfügung vom 12. Mai 1870 auf dem Wojciech Musielak'schen Anttheile.

Nr. 40. 17 Thlr. 1 Sgr., wörtlich: Siebenzehn Thaler ein Silbergroschen Hauptforderung, Prozeß- und Eintragungskosten nebst 5 p.C. Zinsen von 15 Thlr. 15 Sgr. seit dem 18. Juni 1870, sowie den dem Betrage nach noch nicht feststehenden außergerichtlichen Kosten für den Kaufmann Salomon Wurst zu Miloslaw aus dem Mandate vom 25. Juni 1870 sowie dem der Klage zum Grunde liegenden Wechsel vom 9. Juni 1870. Eingetragen auf Requisition des Prozeßrichters vom 29. Juli 1870 zufolge Verfügung vom 17. Aug. 1870 auf dem Wojciech Musielak'schen Anttheile.

Nr. 41. 17 Thlr. 1 Sgr., wörtlich: Siebenzehn Thaler ein Silbergroschen Hauptforderung, Prozeß- und Eintragungskosten nebst 5 p.C. Zinsen von 15 Thlr. 15 Sgr. seit dem 18. Juni 1870, sowie den dem Betrage nach noch nicht feststehenden außergerichtlichen Kosten für den Kaufmann Salomon Wurst zu Miloslaw aus dem Mandate vom 25. Juni 1870 sowie dem der Klage zum Grunde liegenden Wechsel vom 9. Juni 1870. Eingetragen auf Requisition des Prozeßrichters vom 29. Juli 1870 zufolge Verfügung vom 17. Aug. 1870 auf dem Wojciech Musielak'schen Anttheile.

Nr. 42. 17 Thlr. 1 Sgr., wörtlich: Siebenzehn Thaler ein Silbergroschen Hauptforderung, Prozeß- und Eintragungskosten nebst 5 p.C. Zinsen von 15 Thlr. 15 Sgr. seit dem 18. Juni 1870, sowie den dem Betrage nach noch nicht feststehenden außergerichtlichen Kosten für den Kaufmann Salomon Wurst zu Miloslaw aus dem Mandate vom 25. Juni 1870 sowie dem der Klage zum Grunde liegenden Wechsel vom 9. Juni 1870. Eingetragen auf Requisition des Prozeßrichters vom 29. Juli 1870 zufolge Verfügung vom 17. Aug. 1870 auf dem Wojciech Musielak'schen Anttheile.

Nr. 43. 17 Thlr. 1 Sgr., wörtlich: Siebenzehn Thaler ein Silbergroschen Hauptforderung, Prozeß- und Eintragungskosten nebst 5 p.C. Zinsen von 15 Thlr. 15 Sgr. seit dem 18. Juni 1870, sowie den dem Betrage nach noch nicht feststehenden außergerichtlichen Kosten für den Kaufmann Salomon Wurst zu Miloslaw aus dem Mandate vom 25. Juni 1870 sowie dem der Klage zum Grunde liegenden Wechsel vom 9. Juni 1870. Eingetragen auf Requisition des Prozeßrichters vom 29. Juli 1870 zufolge Verfügung vom 17. Aug. 1870 auf dem Wojciech Musielak'schen Anttheile.

Nr. 44. 17 Thlr. 1 Sgr., wörtlich: Siebenzehn Thaler ein Silbergroschen Hauptforderung, Prozeß- und Eintragungskosten nebst 5 p.C. Zinsen von 15 Thlr. 15 Sgr. seit dem 18. Juni 1870, sowie den dem Betrage nach noch nicht feststehenden außergerichtlichen Kosten für den Kaufmann Salomon Wurst zu Miloslaw aus dem Mandate vom 25. Juni 1870 sowie dem der Klage zum Grunde liegenden Wechsel vom 9. Juni 1870. Eingetragen auf Requisition des Prozeßrichters vom 29. Juli 1870 zufolge Verfügung vom 17. Aug. 1870 auf dem Wojciech Musielak'schen Anttheile.

Nr. 45. 17 Thlr. 1 Sgr., wörtlich: Siebenzehn Thaler ein Silbergroschen Hauptforderung, Prozeß- und Eintragungskosten nebst 5 p.C. Zinsen von 15 Thlr. 15 Sgr. seit dem 18. Juni 1870, sowie den dem Betrage nach noch nicht feststehenden außergerichtlichen Kosten für den Kaufmann Salomon Wurst zu Miloslaw aus dem Mandate vom 25. Juni 1870 sowie dem der Klage zum Grunde liegenden Wechsel vom 9. Juni 1870. Eingetragen auf Requisition des Prozeßrichters vom 29. Juli 1870 zufolge Verfügung vom 17. Aug. 1870 auf dem Wojciech Musielak'schen Anttheile.

Nr. 46. 17 Thlr. 1 Sgr., wörtlich: Siebenzehn Thaler ein Silbergroschen Hauptforderung, Prozeß- und Eintragungskosten nebst 5 p.C. Zinsen von 15 Thlr. 15 Sgr. seit dem 18. Juni 1870, sowie den dem Betrage nach noch nicht feststehenden außergerichtlichen Kosten für den Kaufmann Salomon Wurst zu Miloslaw aus dem Mandate vom 25. Juni 1870 sowie dem der Klage zum Grunde liegenden Wechsel vom 9. Juni 1870. Eingetragen auf Requisition des Prozeßrichters vom 29. Juli 1870 zufolge Verfügung vom 17. Aug. 1870 auf dem Wojciech Musielak'schen Anttheile.

Nr. 47. 17 Thlr. 1 Sgr., wörtlich: Siebenzehn Thaler ein Silbergroschen Hauptforderung, Prozeß- und Eintragungskosten nebst 5 p.C. Zinsen von 15 Thlr. 15 Sgr. seit dem 18. Juni 1870, sowie den dem Betrage nach noch nicht feststehenden außergerichtlichen Kosten für den Kaufmann Salomon Wurst zu Miloslaw aus dem Mandate vom 25. Juni 1870 sowie dem der Klage zum Grunde liegenden Wechsel vom 9. Juni 1870. Eingetragen auf Requisition des Prozeßrichters vom 29. Juli 1870 zufolge Verfügung vom 17. Aug. 1870 auf dem Wojciech Musielak'schen Anttheile.

Nr. 48. 17 Thlr. 1 Sgr., wörtlich: Siebenzehn Thaler ein Silbergroschen Hauptforderung, Prozeß- und Eintragungskosten nebst 5 p.C. Zinsen von 15 Thlr. 15 Sgr. seit dem 18. Juni 1870, sowie den dem Betrage nach noch nicht feststehenden außergerichtlichen Kosten für den Kaufmann Salomon Wurst zu Miloslaw aus dem Mandate vom 25. Juni 1870 sowie dem der Klage zum Grunde liegenden Wechsel vom 9. Juni 1870. Eingetragen auf Requisition des Prozeßrichters vom 29. Juli 1870 zufolge Verfügung vom 17. Aug. 1870 auf dem Wojciech Musielak'schen Anttheile.

Nr. 49. 17 Thlr. 1 Sgr., wörtlich: Siebenzehn Thaler ein Silbergroschen Hauptforderung, Prozeß- und Eintragungskosten nebst 5 p.C. Zinsen von 15 Thlr. 15 Sgr. seit dem 18. Juni 1870, sowie den dem Betrage nach noch nicht feststehenden außergerichtlichen Kosten für den Kaufmann Salomon Wurst zu Miloslaw aus dem Mandate vom 25. Juni 1870 sowie dem der Klage zum Grunde liegenden Wechsel vom 9. Juni 1870. Eingetragen auf Requisition des Prozeßrichters vom 29. Juli 1870 zufolge Verfügung vom 17. Aug. 1870 auf dem Wojciech Musielak'schen Anttheile.

Nr. 50. 17 Thlr. 1 Sgr., wörtlich: Siebenzehn Thaler ein Silbergroschen Hauptforderung, Prozeß- und Eintragungskosten nebst 5 p.C. Zinsen von 15 Thlr. 15 Sgr. seit dem 18. Juni 1870, sowie den dem Betrage nach noch nicht feststehenden außergerichtlichen Kosten für den Kaufmann Salomon Wurst zu Miloslaw aus dem Mandate vom 25. Juni 1870 sowie dem der Klage zum Grunde liegenden Wechsel vom 9. Juni 1870. Eingetragen auf Requisition des Prozeßrichters vom 29. Juli 1870 zufolge Verfügung vom 17. Aug. 1870 auf dem Wojciech Musielak'schen Anttheile.

Nr. 51. 17 Thlr. 1 Sgr., wörtlich: Siebenzehn Thaler ein Silbergroschen Hauptforderung, Prozeß- und Eintragungskosten nebst 5 p.C. Zinsen von 15 Thlr. 15 Sgr. seit dem 18. Juni 1870, sowie den dem Betrage nach noch nicht feststehenden außergerichtlichen Kosten für den Kaufmann Salomon Wurst zu Miloslaw aus dem Mandate vom 25. Juni 1870 sowie dem der Klage zum Grunde liegenden Wechsel vom 9. Juni 1870. Eingetragen auf Requisition des Prozeßrichters vom 29. Juli 1870 zufolge Verfügung vom 17. Aug. 1870 auf dem Wojciech Musielak'schen Anttheile.

Nr. 52. 17 Thlr. 1 Sgr., wörtlich: Siebenzehn Thaler ein Silbergroschen Hauptforderung, Prozeß- und Eintragungskosten nebst 5 p.C. Zinsen von 15 Thlr. 15 Sgr. seit dem 18. Juni 1870, sowie den dem Betrage nach noch nicht feststehenden außergerichtlichen Kosten für den Kaufmann Salomon Wurst zu Miloslaw aus dem Mandate vom 25. Juni 1870 sowie dem der Klage zum Grunde liegenden Wechsel vom 9. Juni 1870. Eingetragen auf Requisition des Prozeßrichters vom 29. Juli 1870 zufolge Verfügung vom 17. Aug. 1870 auf dem Wojciech Musielak'schen Anttheile.

Nr. 53. 17 Thlr. 1 Sgr., wörtlich: Siebenzehn Thaler ein Silbergroschen Hauptforderung, Prozeß- und Eintragungskosten nebst 5 p.C. Zinsen von 15 Thlr. 15 Sgr. seit dem 18. Juni 1870, sowie den dem Betrage nach noch nicht feststehenden außergerichtlichen Kosten für den Kaufmann Salomon Wurst zu Miloslaw aus dem Mandate vom 25. Juni 1870 sowie dem der Klage zum Grunde liegenden Wechsel vom 9. Juni 1870. Eingetragen auf Requisition des Prozeßrichters vom 29. Juli 1870 zufolge Verfügung vom 17. Aug. 1870 auf dem Wojciech Musielak'schen Anttheile.

Nr. 54. 17 Thlr. 1 Sgr., wörtlich: Siebenzehn Thaler ein Silbergroschen Hauptforderung, Prozeß- und Eintragungskosten nebst 5 p.C. Zinsen von 15 Thlr. 15 Sgr. seit dem 18. Juni 1870, sowie den dem Betrage nach noch nicht feststehenden außergerichtlichen Kosten für den Kaufmann Salomon Wurst zu Miloslaw aus dem Mandate vom 25. Juni 1870 sowie dem der Klage zum Grunde liegenden Wechsel vom 9. Juni 1870. Eingetragen auf Requisition des Prozeßrichters vom 29. Juli 1870 zufolge Verfügung vom 17. Aug. 1870 auf dem Wojciech Musielak'schen Anttheile.

Nr. 55. 17 Thlr. 1 Sgr., wörtlich: Siebenzehn Thaler ein Silbergroschen Hauptforderung, Prozeß- und Eintragungskosten nebst 5 p.C. Zinsen von 15 Thlr. 15 Sgr. seit dem 18. Juni 1870, sowie den dem Betrage nach noch nicht feststehenden außergerichtlichen Kosten für den Kaufmann Salomon Wurst zu Miloslaw aus dem Mandate vom 25. Juni 1870 sowie dem der Klage zum Grunde liegenden Wechsel vom 9. Juni 1870. Eingetragen auf Requisition des Prozeßrichters vom 29. Juli 1870 zufolge Verfügung vom 17. Aug. 1870 auf dem Wojciech Musielak'schen Anttheile.

Nr. 56. 17 Thlr. 1 Sgr., wörtlich: Siebenzehn Thaler ein Silbergroschen Hauptforderung, Prozeß- und Eintragungskosten nebst 5 p.C. Zinsen von 15 Thlr. 15 Sgr. seit dem 18. Juni 1870, sowie den dem Betrage nach noch nicht feststehenden außergerichtlichen Kosten für den Kaufmann Salomon Wurst zu Miloslaw aus dem Mandate vom 25. Juni 1870 sowie dem der Klage zum Grunde liegenden Wechsel vom 9. Juni 1870. Eingetragen auf Requisition des Prozeßrichters vom 29. Juli 1870 zufolge Verfügung vom 17. Aug. 1870 auf dem Wojciech Musielak'schen Anttheile.

Nr. 57. 17 Thlr. 1 Sgr., wörtlich: Siebenzehn Thaler ein Silbergroschen Hauptforderung, Prozeß- und Eintragungskosten nebst 5 p.C. Zinsen von 15 Thlr. 15 Sgr. seit dem 18. Juni 1870, sowie den dem Betrage nach noch nicht feststehenden außergerichtlichen Kosten für den Kaufmann Salomon Wurst zu Miloslaw aus dem Mandate vom 25. Juni 1870 sowie dem der Klage zum Grunde liegenden Wechsel vom 9. Juni 1870. Eingetragen auf Requisition des Prozeßrichters vom 29. Juli 1870 zufolge Verfügung vom 17. Aug. 1870 auf dem Wojciech Musielak'schen Anttheile.

Nr. 58. 17 Thlr. 1 Sgr., wörtlich: Siebenzehn Thaler ein Silbergroschen Hauptforderung, Prozeß- und Eintragungskosten nebst 5 p.C. Zinsen von 15 Thlr. 15 Sgr. seit dem 18. Juni 1870, sowie den dem Betrage nach noch nicht feststehenden außergerichtlichen Kosten für den Kaufmann Salomon Wurst zu Miloslaw aus dem Mandate vom 25. Juni 1870 sowie dem der Klage zum Grunde liegenden Wechsel vom 9. Juni 1870. Eingetragen auf Requisition des Prozeßrichters vom 29. Juli 1870 zufolge Verfügung vom 17. Aug. 1870 auf dem Wojciech Musielak'schen Anttheile.

Nr. 59. 17 Thlr. 1 Sgr., wörtlich: Siebenzehn Thaler ein Silbergroschen Hauptforderung, Prozeß- und Eintragungskosten nebst 5 p.C. Zinsen von 15 Thlr. 15 Sgr. seit dem 18. Juni 1870, sowie den dem Betrage nach noch nicht feststehenden außergerichtlichen Kosten für den Kaufmann Salomon Wurst zu Miloslaw aus dem Mandate vom 25. Juni 1870 sowie dem der Klage zum Grunde liegenden Wechsel vom 9. Juni 1870. Eingetragen auf Requisition des Prozeßrichters vom 29. Juli 1870 zufolge Verfügung vom 17. Aug. 1870 auf dem Wojciech Musielak'schen Anttheile.

Nr. 60. 17 Thlr. 1 Sgr., wörtlich: Siebenzehn Thaler ein Silbergroschen Hauptforderung, Prozeß- und Eintragungskosten nebst 5 p.C. Zinsen von 15 Thlr. 15 Sgr. seit dem 18. Juni 1870, sowie den dem Betrage nach noch nicht feststehenden außergerichtlichen Kosten für den Kaufmann Salomon Wurst zu Miloslaw aus dem Mandate vom 25. Juni 1870 sowie dem der Klage zum Grunde liegenden Wechsel vom 9. Juni 1870. Eingetragen auf Requisition des Prozeßrichters vom 29. Juli 1870 zufolge Verfügung vom 17. Aug. 1870 auf dem Wojciech Musielak'schen Anttheile.

Nr. 61. 17 Thlr. 1 Sgr., wörtlich: Siebenzehn Thaler ein Silbergroschen Hauptforderung, Prozeß- und Eintragungskosten nebst 5 p.C. Zinsen von 15 Thlr. 15 Sgr. seit dem 18. Juni 1870, sowie den dem Betrage nach noch nicht feststehenden außergerichtlichen Kosten für den Kaufmann Salomon Wurst zu Miloslaw aus dem Mandate vom 25. Juni 1870 sowie dem der Klage zum Grunde liegenden Wechsel vom 9. Juni 1870. Eingetragen auf Requisition des Prozeßrichters vom 29. Juli 1870 zufolge Verfügung vom 17. Aug. 1870 auf dem Wojciech Musielak'schen Anttheile.

Nr. 62. 17 Thlr. 1 Sgr., wörtlich: Siebenzehn Thaler ein Silbergroschen Hauptforderung, Prozeß- und Eintragungskosten nebst 5 p.C. Zinsen von 15 Thlr. 15 Sgr. seit dem 18. Juni 1870, sowie den dem Betrage nach noch nicht feststehenden außergerichtlichen Kosten für den Kaufmann Salomon Wurst zu Miloslaw aus dem Mandate vom 25. Juni 1870 sowie dem der Klage zum Grunde liegenden Wechsel vom 9. Juni 1870. Eingetragen auf Requisition des Prozeßrichters vom 29. Juli 1870 zufolge Verfügung vom 17. Aug. 1870 auf dem Wojciech Musielak'schen Anttheile.

Für die deutschen Wähler zum Reichstage!

Am 27. Oktober von 10 Uhr Vormittags bis 6 Uhr Nachmittags findet die Wahl zum Reichstage statt.

Jedem deutschen Wähler ist ein mit „Bürgermeister herse in Posen“ bedruckter Wahlzettel und Zettel mit dem Nachweis des Wahllokals zugegangen. — Diejenigen Wähler, welche keine Zettel erhalten haben, wollen sich solche in unserem Wahlbüro, Wilhelmplatz Nr. 18, im Laden, abholen. Dasselbst wird auch jedem Wähler Auskunft über Wahlanglegenheiten ertheilt.

Das Bureau ist jetzt von 10 bis 12 Uhr Vormittags und 3 bis 5 Uhr Nachmittags, am Donnerstag den ganzen Tag geöffnet.

E. d. Gnensch.

Färberei, Kunst-Wäscherei, Garderoben-Renovirung Wilhelmstraße Nr. 14 und Gr. Ritterstrasse 10, Posen.

Börsen-Hôtel

E. Sascke,

Zentrum, Berlin, Zentrum.

Burgstraße 27 u. 27a.

In unmittelbarer Nähe der Sta-

tion „Börse“ der Stadtbahn.

Beste Geschäftslage. Vis-à-vis der

Börse und Königl. Museen.

Ginrichtung neu. Solide Preise.

Zimmer von Mark 1,50 an.

Ein routin. Kaufmann u. Assi-

furanzmann wünscht hierorts

ein umfangreiches Ver sicherungs-

Geschäft künftlich zu übernehmen

oder sich an einem solchen activ

event. mit Capital zu betheiligen.

Adr. A. Z. 100 post-

lagernd.

Für Produktenhändler.

In Schwiebus sind zum 1. April 1882 g r o ß e Räumlichkeiten, worin seit längeren Jahren ein Produkten-

Geschäft betrieben worden, nebst dazu

gehöriger Wohnung zu vermieten.

Näheres durch das Schwiebuser In-

telligenzblatt in Schwiebus.

Eine Wohnung

von mindestens acht Zimmern und

Zubehör wird zur baldigen Mietbung

im oberen Stadtteil gefügt. Adr.

in Mylins' Hotel abzugeben.

Stube, Wasserleitung u. Ausguss

für 9 M. monatl. Längstr. 16 I.

Ein fr. möbl. Boderzimmer mit

auch ohne Beleistung ist billig zu

vermieten St. Martin 9. Etg.

Lehrling.

Sohn achtbarer Eltern.

B. Bernhard,

Meseritz.

Eine saubere Aufwärterin sucht

Zigarren Geschäft St. Martin 44.

Als W.-Beamter

suche bald oder Weihnachten Stel-

lung; gegenwärtig noch aktiv; bin

25 Jahre alt, verb., mit wenig Fa-

mille, mit Rübenbau und Buch-

führung vertraut, polnisch u. deutsch

sprechend. Gesl. Öfferten an Stożek

II. Et. links zu verm.

Ein fein möbl. Zimmer ist

St. Martin Nr. 48 III. Et. lats

sofort zu vermieten.

1 möbl. Zimmer

zu verm. Petrisstr. 6, Part.

St. Martin 18, Ecke der Kl.

Ritterstr., ist sofort eine Wohnung

im III. Stock von 6 großen Zim-

mern für 1275 Mark pro anno zu

vermieten.

Sofort zu vermieten:

Schützenstr. 19 4—8 Stub. I. Et.

Schützenstraße 20 Stall u. Nemite.

Ein gr. kompl. einger. 3-senfrig.

möbliertes Zimmer,

I. od. 2 Hrn. pr. 1. Nov. z. verm.

Markt 77, 2 Dr., II. Eingang von

der Franziskanerstraße.

Geschäfts-Eröffnung.

Dem geehrten geschäftsreisenden Publikum erlaube ich mir hierdurch die ergebene Mittheilung zu machen, daß ich am heutigen Tage das vormalige Schäfer'sche Hotel, Posenerstraße Nr. 1a, unter der Firma:

Hôtel zur Krone

eröffnet habe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, die mich Beehrenden in jeder Beziehung zufrieden zu stellen.

Table d'hôte. Restauration zu jeder Tageszeit.

feine Weine, vorzügliche Biere.

Hoteltwagen zu jedem Buge am Bahnhof.

Schneidemühl, den 14. Oktober 1881.

Hochachtungsvoll
A. Piper Wwe.

In unserem Verlage erschien soeben:

Comptoir-Wandkalender für 1882.

Im Duzend 1 M. 80 Pf., einzeln 20 Pf.

Hofbuchdruckerei W. Decker & Co.
(E. Röstel.)

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung unserer Tochter Jenny mit dem Kaufmann Heinz Giesel Waldbow aus Samter beehren wir uns ergeben anzuseigen. Giesen, im Oktober 1881.

Moritz Michael
und Frau.

Am 24. d. M. Abends 11½ Uhr, starb nach kurzem Leiden unser Töchterchen Else, wovon wir, mit der Bitte um stillle Theilnahme, hierdurch alle Bekannten benachrichtigen.

A. Steinfort.
Sophie Hentschel.

Vollständigen Kursus

im Gesang-Unterricht, sowohl für den Salon als für die Bühne, ertheile ich zu 6 Mark die Stunde für eine oder zwei Personen.

G. Clementi,
Wilhelmplatz 17, 2. Etage.

Lambert's Concert-Saal

Heute Mittwoch, den 26. Oktober
Abends 7½ Uhr:
Viertes großes Streichkonzert.

Entre 25 Pf.
Solo für Cello Herr Schulz.
Solo für Corneta Piston Hr. Schmitz.
W. Bethge, Kapellmeister.

Stadt-Theater.

Mittwoch, den 26. Oktober 1881:
Der Waffenschmied von Worms.

Polnisches Theater.

Heute Mittwoch:
Boccaccio.
Romische Operette in 3 Akten von Supé.

B. Heilbronn's Volksgartentheater.

Mittwoch, den 26. Oktober cr.:
Auf vielseitiges Verlangen zum

sechsten und letzten Male:
Morilla.
Romische Operette in 3 Akten von Julius Höpp.

Die Direktion.
B. Heilbronn.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Berl. Verlobt: Fr. Gertrud Burghardt mit Hrn. Kaufmann Ludwig Meyer in Berlin. Fr. Pauline Keller mit Hrn. Albert Engmann in Berlin. Fr. Gertrud von Bruchhausen mit Hrn. Freiherr Louis von Wrede in Berlin. Fr. Stanislaus Eisner mit Hrn. Friedrich Oppermann in Berlin. Fr. Elise Edelholz mit Hrn. Referendar Ernst Tornow in Oliva. Fr. Katharina v. Cramon mit Hrn. Prem. Lieutenant Adalbert v. Rothkirch-Panthe in Rostkowitz.

Berehlicht: Dr. Richard Bauer mit Fr. Luise Scherzer in Berlin. Hrn. Rudolph Hesse mit Fr. Emilie Mourques in Berlin. Dr. Emilie amiswundarzt Dr. Theodor Liebsch mit Fr. Helene Kolb in Spatzien-Breitnau. Hrn. Stegmüller mit Fr. Clotilde Saenger in Berlin. Pfarrer Theodor Hübner mit Fr. Luise Gertrud in Berlin. Prem. Lieutenant v. Arnulf mit Fr. Bertha Hagen in Soltau. Welfpr. Lieut. Richard Gruber mit Fr. Louise von Koschitz in Naumburg a. S.

Gestorben: Verw. Frau Louisa Karel, geb. Becker in Berlin. Hrn. Adolph Ziegler in Usedom. Dr. Marienwerder. Frau Josephine Benda, geb. Balzer in Berlin. Dr. Alfred Löwenberger in Schönholz in Dessaу. Kaufm. Carl Cohn in Berlin. Rentier. Hrn. Shawl und Tücherfabrikant Willi Krause in Berlin. Kanzleirath a. D. Karl Schmidt in Berlin.

Für die Interate mit Ausnützung des Sprechsaals verantwortlich Verleger.

Erdarbeiter

finden gegen guten Lohn Be-
schäftigung beim Bau der

Forts 5 und 6 bei Na-
ramowice und Winiary.

Tüchtige Kolportiere finden loh-
nende Beschäftigung bei

Albin Berger.

1 Buchbindergehülfe
findet dauernde Beschäftigung bei

E. Kreglewski, Wongromik,
Papierhandlung u. Buchbinderei.

Ein junges Mädchen
aus anständiger Familie, seit Jahren
in der Haushaltung beschäftigt,
welches schneidern u. Maschinen
fann, wünscht Stellung zur Stütze
der Haushfrau. Gesl. Öfferten unter A. K. 55 in der Exp. d. Bl.

Ein jung. Mädchen wünscht die
Landwirtschaft zu erlernen. Gesl.
Öfferten unter O. O. postl. Obornit
erbeten.

In mein Tuch- und Manu-
facturwaren-Geschäft kann ein
der polnischen Sprache mächtiger,
tüchtiger

Bekäufer
sofort eintreten.

D. Davidsohn, Argenau.

Ein Laufschreiber,
hier wohhaft, findet vom 1. f. M.
ab Stellung im Büro des Justiz-
Raths Pilet.

Für mein Colonialwaren-, Defi-
lations- und Bier-Verlags-Geschäft
suche per 1. Januar 1882 einen

Lehrling.

Sohn achtbarer Eltern.

B. Bernhard,

Meseritz.

Eine saubere Aufwärterin sucht

Zigarren Geschäft St. Martin 44.

Als W.-Beamter
suche bald oder Weihnachten Stel-
lung; gegenwärtig noch aktiv; bin

25 Jahre alt, verb., mit wenig Fa-

mille, mit Rübenbau und Buch-

führung vertraut, polnisch u. deutsch

sprechend. Gesl. Öfferten an Stożek

II. Et. links zu verm.

Ein fein möbl. Zimmer ist

St. Martin Nr. 48 III. Et. lats

sofort zu vermieten.

1 möbl. Zimmer

zu verm. Petrisstr. 6, Part.

St. Martin 18, Ecke der Kl.

Ritterstr., ist sofort eine Wohnung

im III. Stock von 6 großen Zim-

mern für 1275 Mark pro anno zu

vermieten.

Sofort zu vermieten:

Schützenstr. 19 4—8 Stub. I. Et.

Schützenstraße 20 Stall u. Nemite.

Ein gr. kompl. einger. 3-senfrig.

möbliertes Zimmer,

I. od. 2 Hrn. pr. 1. Nov. z. verm.

Markt 77, 2 Dr., II. Eingang von

der Franziskanerstraße